Nr. 218 · Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Mittwoch, 17. September 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Ein Stresemannsches Dementierkunststück.

Der deutsche Außenminister auf der ganzen Linie desavouiert.

Stresemann leugnet.

In Erwartung von Parmoors Antwort.

Als Entgegnung auf die Erklärungen Lord Parmoors gegenüber dem Genfer Korrespondenten des Soz. Parl.-Dienst wurde am Dienstag folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„In einem Telegramm des Soz. Parl.-Dienst werden Aeußerungen von Lord Parmoor verbreitet, die sich auf Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Außenminister über die Frage des Eintritts in den Völkerbund beziehen. Wir wissen nicht, ob die Aeußerungen Lord Parmoors tatsächlich gefallen und vom Soz. Parl.-Dienst richtig wiedergegeben sind. Tatsächlich hat aber Lord Parmoor anläßlich der Anwesenheit des Reichskanzlers, des Außenministers und des Finanzministers Dr. Luther am Sonntag, dem 10. August, in Genfen mit keinem der deutschen Delegierten über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gesprochen."

Hierzu schreibt der Soz. Parl.-Dienst: Wir haben sofort Gelegenheit genommen, unsern Genfer Korrespondenten auf telegraphischem Wege um eine Gegenerklärung Lord Parmoors zu bitten. Aus dieser Erklärung, die wir von Lord Parmoor erwarten, nachdem er durch das Dementi der deutschen Regierung gewissermaßen der Unwahrheit bezichtigt wird, dürfte sich ergeben, ob die Reichsregierung oder der englische Völkerbundsdelegierte im Unrecht ist. Jedenfalls aber glauben wir, schon jetzt darauf verweisen zu müssen, daß Lord Parmoor in seiner Erklärung einer Unterredung Stresemanns mit dem Professor Gilbert Murray, dem jetzigen Führer der englischen Delegation in Genf, das Hauptgewicht beilegte. In dem amtlichen Dementi wird diese Unterredung überhaupt nicht angeschnitten und nicht bestritten. Wie steht es damit, Herr Reichsaußenminister? Im übrigen aber hat Herr Dr. Stresemann vor den Pressevertretern am Freitag nicht nur erklärt, daß in London „niemand mit ihm über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gesprochen habe", sondern er hat weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Führer der deutschen Delegation in England bei ihrem Besuch im Hause Lord Parmoors geradezu auf ein Gespräch über den Völkerbund gewartet und damit gerechnet hätten. Soweit wir durch amtliche deutsche Quellen unterrichtet sind, haben aber sowohl Lady Parmoor im Gespräch mit Stresemann, wie Prof. Murray im Gespräch mit dem Finanzminister Dr. Luther die Rede auf Genf und den Völkerbund gebracht. Der Anstoß von der andern Seite war damit gegeben, der Wunsch der deutschen Delegation also erfüllt. Diese Feststellungen mögen für heute genügen.

Parmoor erwidert.

„Das gesamte Problem ist besprochen worden."

Berlin, 17. September. (Radiomeldung.)

Auf Grund des Dementis der Reichsregierung gegen die Erklärungen Lord Parmoors hat der Soz. Parl.-Dienst seinen Genfer Korrespondenten um eine Gegenerklärung gebeten. Unser Vertreter suchte noch gestern abend Lord Parmoor in dessen Hotel auf.

Parmoor wiederholte nochmals, daß am 10. August bei einem Frühstück in seinem Landhause Marx, Stresemann, Luther, Sthamer, Murray und er eine private Aussprache über den Völkerbund und die Bedingungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gehabt hätten. Richtig sei, daß er mit Dr. Stresemann nicht direkt gesprochen habe, weil dieser nicht das richtige Englisch könne. Sthamer habe den Dolmetscher spielen müssen. Da das Gespräch privater Natur gewesen sei und Stresemann sein Gast war, so wolle er mit Rücksicht auf diesen keine weitere Diskussion über diese Unterredung führen.

Der englische Delegierte Murray bestätigte die Angaben Parmoors und erklärte noch: **„Es fand eine intime Aussprache von etwa einer halben Stunde statt. Das gesamte Problem ist besprochen worden. Ich bin sehr erstaunt, daß Herr Stresemann sich nicht mehr daran erinnert. Im übrigen hatte Lord Parmoor im Anschluß an die Unterredung noch eine lange Rücksprache mit Sthamer im Garten.** Es war bekannt, daß damals Lord Parmoor und ich schon für Genf delegiert waren. **Das war auch den deutschen Herren wohlbekannt."**

*

Wir können es getrost der Oeffentlichkeit überlassen, sich über das Verhalten Stresemanns das richtige Urteil zu bilden. Nach der neuesten, uns kurz vor Redaktionsschluß zugehenden Erklärung Parmoors kann die amtliche Berliner Auslassung doch nur als ein erneuter Versuch gewertet werden, durch taktische Schlaumeierei und Wortklauberei um Dinge herumzugehen, die Herrn Stresemann in die gegenwärtig von ihm getriebene Politik der Winkelzüge nicht hineinpassen.

„Von nichts anderem als vom Völkerbund"

Frankfurt, 17. September. (Radiomeldung.)

Im Zusammenhang mit dem Dementi der Reichsregierung gegenüber den Erklärungen Lord Parmoors gibt die „Frankfurter Zeitung" bekannt, daß **ihrem Sonderberichterstatter in Genf schon vor mehreren Tagen von zwei englischen Delegierten, die bei der gastlichen Veranstaltung im Hause Lord Parmoors zugegen waren, ausdrücklich versichert wurde, daß man sich nach dem Mittagessen gemütlich zusammengesetzt hatte und dabei von nichts anderem die Rede gewesen sei als vom Völkerbund.** (!!!)

*

Angesichts dieser Tatsachen gewinnt das Stresemannsche Dementi immer mehr das Aussehen einer bewußten Irreführung der Oeffentlichkeit. Wir sind nunmehr auf das Dementi seines Dementis gespannt.

Hohenzollern in „Not".

Seit die Denkschrift des preußischen Finanzministers über die Auseinandersetzung mit dem Hohenzollernhause veröffentlicht worden ist, war der monarchistischen Presse zunächst die Sprache einigermaßen verschlagen. Es war ihr wohl aus dem Studium der Denkschrift die Erkenntnis aufgedämmert, daß man dem in seiner überwiegenden Mehrheit verarmten Volke nicht noch die ungeheuren Forderungen des „erlauchten Herrscherhauses" begreiflich machen könnte, gerade jetzt, wo die Abmachungen von London auf viele Jahre hinaus eine so starke Belastung der deutschen Wirtschaft festgelegt haben. Um so weniger, als ja jedermann in Deutschland weiß, daß die Prinzen und Prinzessinnen aus dem Hohenzollern- und anderem Gebäude keinerlei positive Arbeit leisten, dafür aber bisher noch immer verstanden haben, dort zu ernten, wo sie nicht gesät haben.

Erst langsam beginnen die Monarchisten, sich auf ihre „Pflichten" zu besinnen. Sie haben jetzt endlich entdeckt, daß die Hohenzollern Not leiden. Die Summe von 50 000 Goldmark, die das preußische Finanzministerium dem Generalvertreter der Hohenzollern zur Verteilung unter all die Zollernsprossen monatlich überweist, erscheinen der Rechtspresse jetzt plötzlich als katastrophal geringfügig. Es handelt sich um einen Stamm von etwa 40 engeren und weiteren Verwandten Wilhelms des Erledigten, die noch immer sich in Deutschland aufhalten. Unter ihnen sind eine ganze Reihe von Kindern im schul- und vorschulpflichtigen Alter. Rechnet man von den monatlich 50 000 Mk. auch nur 1000 Mk. auf jede der 40 Personen, so bleiben immer noch 10 000 Mk. übrig, die auf die Beamten der Vermögensverwaltung entfallen. Die einzelnen prinzlichen Familien können dabei also ein monatliches Einkommen beziehen, das ungefähr dem Jahreseinkommen eines Beamten in der höchsten Besoldungsgruppe entspricht, ohne daß sie verpflichtet sind, dafür auch nur eine einzige Stunde Arbeit zu leisten!

Daneben aber sind ihnen sämtliche unzweifelhaften Privatvermögen zur Nutzung freigegeben, außerdem dem Prinzen Friedrich Leopold die ihm in seinen Prozessen vom Gericht endgültig zugesprochenen Liegenschaften und dem ehemaligen Kronprinzen die gesamte Herrschaft Oels, die aus nicht weniger als 14 Ritter- und anderen Gütern mit insgesamt 10 050 Hektar landwirtschaftlicher und Waldflächen besteht. Diese Familien haben also aus ihrem großen, zur völligen Verfügung freigegebenen Grundbesitz so erhebliche Einnahmen, daß sie ihre Brüder und Vettern noch hinlänglich unterstützen können, wenn wirklich irgendwo einmal ein Mangel an flüssigem Kleingeld eintreten sollte.

Während Millionen von Arbeitern in Deutschland bei neun- und zehnstündiger täglicher Arbeitszeit mit einem Wochenlohn von 10 bis 20 Mk. auskommen müssen, Hunderttausende aber wochen- und monatelang als Arbeitslose bei öffentlicher Fürsorge hungern, sind die Hohenzollern schon „am Bettelstab", wenn sie — Mann und Weib und Kind — mit monatlich nur 1000 Goldmark pro Person dotiert werden. Hier zeigt sich die ganze Anmaßung, die diese Fürstengeschlechter seit Jahrhunderten sich anerzogen haben. Die Hohenzollern verlangen bekanntlich, bevor ein Vergleichsverfahren eingetreten wird, die vorherige Herausgabe eines Grundbesitzes von rund 440 000 Morgen oder 110 000 Hektar, der nach den Berechnungen des Finanzministeriums bei der vorsichtigen Bewirtschaftung nach Art der staatlichen Domänen einen Jahreseinertrag von 5,7 Millionen Goldmark einbringen würde. Diese Summe auf 40 Personen verteilt, würde einen Jahresbetrag von 127 500 Mk. oder über 10 000 Mk. pro Monat für jeden Hohenzollernsproß ergeben. Daneben aber sollte dann noch im Schiedsgerichtsverfahren über weitere Vermögensobjekte entschieden werden, die den notleidenden Prinzen zuzusichern wären.

Wie man sieht, kennen die Gottgesandten, die einst „die ganze Mark Brandenburg käuflich erworben" haben, keinerlei Beschränkung. Sie folgen damit freilich nur den erhabenen Traditionen ihres Hauses. Man braucht nur in der „Hohenzollern-Legende" Max Maurenbrechers nachzulesen, wie sich die zur preußischen Nationalheldin emporgelebte Königin Luise in den Zeiten tiefster preußischer Not mit dem damaligen Finanzminister herumstritt, um aus dem leeren Staatssäckel die notwendigen Tausender für ihre Vergnügungsreisen zu erlangen, wie sie es als ein unerträgliches Hungerleben bezeichnete, wenn auf ihren königlichen Mittagstisch nicht mehr als drei oder vier Gänge kommen durften. Erst dann wird man verstehen, wie gerade die „Deutsche Zeitung" des jetzt völkischen Max Maurenbrecher darüber empört ist, daß der preußische Staat gegen die notleidenden Hohenzollern von heute selber Feststellungsklagen anstrengen will, da sie zu einem schiedlich-friedlichen Vergleich nicht zu bewegen sind. Er befürchtet, daß der Staat die Hohenzollern totprozessieren würde, da die letzteren doch nicht in der Lage seien, in all den angedrohten Einzelprozessen die Prozeßkosten vorher aufzubringen. Dagegen hat er freilich nichts, daß die Hohenzollern ihrerseits aus den ihnen vom Staate zur Verfügung gestellten Mitteln Prozesse gegen denselben Staat anstrengen und in einzelnen Fällen obsiegende Urteile erzielen.

Die ganze Auseinandersetzungsfrage ist durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien freilich auf ein falsches Gleis geschoben worden. Die Vereinigung der Angelegenheiten zwischen einer neuen Staatsform und den vormaligen Inhabern der Staatsgewalt pflegt sonst eine politische Angelegenheit zu sein, die

Verschleppungsmanöver.

Künstliche Konstruktionen der Stresemann-Politiker zur Verzögerung des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund.

Die Herren Reichsminister haben inzwischen Berlin wieder verlassen. Der Kampf um die Notifizierung der Kriegsschuldfrage wird trotzdem in der Presse weitergeführt und auch die Auffassung der Reichsregierung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wie sie in dem Organ des Reichsaußenministers umschrieben wird, dürfte die Geister keineswegs beruhigen. „Die Zeit" schreibt zu dieser letzten Frage:

„Schon jetzt dürfen wir es als feststehend betrachten, daß das Kabinett am Montag in der Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund den Standpunkt eingenommen hat, der bisher von der Regierung eingenommen worden ist. Danach ist sich die Regierung bei der großen Wichtigkeit der vom Völkerbund zu erörternden Fragen wohl bewußt, daß die Mitwirkung im Völkerbund für die deutschen Interessen von großer Bedeutung sein kann, hält aber daran fest, daß der Eintritt Deutschlands von der Erfüllung von Voraussetzungen abhängig ist, nämlich davon, daß man Deutschland eine Stellung als gleichberechtigte Großmacht sichert, und daß man unter keinen Umständen an Deutschland die Forderung stellt, eine freiwillige, erneute Anerkennung des Versailler Vertrags und der Kriegsschuldlüge zu übernehmen."

Es ist selbstverständlich, daß der Eintritt Deutschlands nicht erfolgen kann, ohne daß uns gleichzeitig ein Ratssitz zuerkannt wird. Wir glauben, daß darüber in Deutschland und zum Teil auch im Ausland allgemeine Uebereinstimmung herrscht. Auch die französische Regierung dürfte hier keine Widerstände machen, die unüberwindlich scheinen. Infolgedessen sind unseres Erachtens die Voraussetzungen, die das Kabinett an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund knüpft, im wesentlichen erfüllt. Die Voraussetzung, daß Deutschland keine erneute Anerkennung des Versailler Vertrages und der Kriegsschuldlüge mit dem Eintritt übernehmen kann, ist von der Reichsregierung künstlich konstruiert und unberechtigt; denn bisher hat kein alliierter Staat eine derartige Forderung in den letzten Monaten erhoben. In den maßgebenden amtlichen Stellen wird das übrigens bestätigt. Auch in den Völkerbundsakten, die den Eintritt einer Macht behandeln, wird keineswegs von einer erneuten Anerkennung des Versailler Vertrages gesprochen. Es heißt hier lediglich, daß „die internationalen Verpflichtungen" einzuhalten sind. Darunter braucht man keineswegs den Versailler Vertrag insgesamt zu verstehen. Aber selbst wenn die Regierung glaubt, Voraussetzungen von der Art an den Eintritt in den Völkerbund zu knüpfen, wie sie in der „Zeit" formuliert sind, so hat sie zum mindesten auch die Pflicht, sich zu erkundigen, inwieweit diese Voraussetzungen bereits erfüllt und berechtigt sind. Sie hat diese Pflicht um so mehr, als sie anerkennen muß, „daß die Mitwirkung im Völkerbund für die deutschen Interessen von großer Bedeutung sein kann". Dieser Bedeutung ist man sich scheinbar im Auswärtigen Amt bisher nur in Worten bewußt gewesen, denn praktisch ist unseres Wissens nichts getan worden, um ihr auch tatsächlich gerecht zu werden. Die sogenannten „Voraussetzungen" des reichlich nervösen Reichsaußenministers sind unter diesen Umständen in Wirklichkeit nur Vorwände zur Verschleppung des Eintritts.

Kommunistische Handgranatenfabrikation. Aus Mannheim in Baden wird gemeldet: Der politischen Polizei ist es gelungen, im Hause des Kommunisten Bechtle eine Werkstatt zur Anfertigung von Handgranaten aufzudecken. Da Bechtle anscheinend von der Verfolgung Wind bekommen hatte, wurden in der Werkstatt nur 3000 Zünder, in einem Tümpel aber eine große Anzahl fertiger Handgranaten gefunden. Bechtle wurde verhaftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409171-11/fragment/page=0001

durch Gesetzgebung erledigt wird. Das hat einer der verdientesten Monarchen seinerzeit in ganz klarer und einwandfreier Form zum Ausdruck gebracht, als er am 18. Februar 1869 im Preußischen Landtag über die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Königs von Hannover u. a. ausführte:

„Ich habe nicht gehört, daß die Vorfahren des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Throne Englands vertrieben hatten, diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert haben, der königlichen Armee bei Culloden gegenüberzutreten. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, deren Thron: den Staatsumwälzungen in Frankreich, in Spanien, in Neapel zum Opfer fielen, auf Kosten dieser Länder mit einer Dotation versehen worden wären. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre juristische Pflicht halten wird, der Königin Isabella die Mittel zum Krieg gegen sie zu liefern, und daß von Italien her die Bourbonen in ihren Absichten durch Staatsmittel unterstützt wurden. Ich führe dies nur an, um Ihnen die Geringschätzung zu kennzeichnen, mit welcher wir die sittliche Entrüstung aufzunehmen haben, die sich von so vielen feindlichen Seiten geltend macht: als ob wir hier einen ungerechten gewalttätigen Akt gegen einen an sich ungerecht seines Thrones beraubten Fürsten übten."

Der Mann, der so klar und einwandfrei die Rechte des Staates gegen ein entthrontes Fürstenhaus darlegte, war niemand anders als Bismarck, der Hausmeier der Hohenzollern! Dabei handelte es sich bei dem Hannoveraner um einen im Kriege besiegten Monarchen, dessen Land der König von Preußen annektierte und dessen Vermögen der preußische Staat einzog. Bei den Hohenzollern aber ist die Rechtslage viel einfacher. Sie sind wie alle deutschen Fürsten durch die Revolution ihrer Vorrechte verlustig gegangen und können noch von Glück sagen, daß sie nicht wie der Hannoveraner und der Kurfürst von Hessen-Nassau des Landes verwiesen wurden.

Den Weg aus dem Labyrinth, in das diese Rechtsfragen verschleppt worden sind, hat der Antrag unserer Genossen im Reichstag gezeigt, der den Einzelstaaten das Recht verleihen sollte, die Auseinandersetzung mit ihren ehemaligen „Landesvätern" selber auf dem Wege der Gesetzgebung unter Enteignung gegen vom Staate festzusetzende Entschädigungen vorzunehmen. Dieser Weg steht auch heute noch offen.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß jeder, der arbeitet, auch zu essen haben soll, können uns aber nicht zu der Höhe der Auffassung emporschwingen, daß die Sprößlinge der verschiedenen Fürstenfamilien das Recht hätten, nicht nur zu essen, sondern auch alle Wohltaten der Kultur zu genießen, ohne daß sie auch nur das geringste dafür zu arbeiten hätten.

21 Massenversammlungen der Berliner Sozialdemokratie.

Berlin, 17. September. (Radiomeldung.)

Am Dienstagabend fanden in Berlin 21 Massenversammlungen der Sozialdemokratischen Partei statt, die Klarheit schaffen sollten über die Haltung der bürgerlichen Parteien zur Londoner Konferenz und die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Lastenverteilung. Die Mehrzahl der Versammlungen war vor Eröffnung schon so besucht, daß die Polizei den weiteren Zutritt zu ihnen zeitweise sperren mußte. Selbstverständlich hatten sich auch wieder überall die Kommunisten eingefunden, zu dem Zweck, die Versammlungen zu stören und unmöglich zu machen. Gelungen ist ihnen das nur in einem einzigen Fall, und zwar im Bezirk Berlin-Kreuzberg. Hier inszenierten sie sofort nach Eröffnung einen höllenlärm und griffen zu Stühlen und Tischen. Von den sozialdemokratischen Ordnern wurde zwar die Ruhe wieder hergestellt, aber die Versammlung mußte geschlossen werden, da der Wirt die anwesenden Teilnehmer zum Verlassen des Saals aufforderte. Soweit die Kommunisten sonst Störungsversuche unternahmen, wurden sie bald gezähmt oder an die frische Luft befördert. Jedenfalls waren die Versammlungen trotz der Kommunisten ein Erfolg der Sozialdemokratie und ein Beweis dafür, daß die Massen stärker denn je wieder zur Sozialdemokratie stehen.

Ludendorffs „Frontbann".

München, 17. September. (Radiomeldung.)

Die Geschäftsstelle von Ludendorffs „Frontbann", an deren Spitze der im Hitler-Prozeß freigesprochene Reichstagsabgeordnete und frühere Hauptmann Röhm steht, wurde am Dienstag von der Polizei geschlossen. Eine Reihe von Personen, die auf der Geschäftsstelle anwesend waren, wurden verhaftet, darunter Oberleutnant Brückner, der das erste Regiment des Hitlerschen Sturmtrupps führte und ebenfalls im Hitler-Prozeß freigesprochen wurde.

Boris Sawinkoff.

Das Ende eines politischen Abenteurers.

Die russischen Zeitungen innerhalb und außerhalb Rußlands sind voller Betrachtungen über Sawinkoffs Ausgang zu den Moskauer Bolschewiken. Auch ein Teil der nichtrussischen Presse beehrt ihn mit einer nicht geringen Aufmerksamkeit. Wer war Sawinkoff?

Boris Sawinkoff, ein russischer Intellektueller, ist früh von der sozialdemokratischen Partei zu den Sozialrevolutionären gekommen. Seine Aktivität, die Unerschrockenheit und Tatkraft seines Wesens stellten ihn bald an die Spitze der Kampforganisation der SR. Fast kein Attentat gegen die zaristischen Minister verlief ohne seine allernächste Teilnahme. Den zweiten Schuß zu tun für den Fall des Mißlingens des ersten war stets ihm überlassen. Nach der Februar-Revolution übte er zum erstenmal Verrat an seiner Partei und der Demokratie, als er in seinem Machtgelüste gemeinsame Sache mit dem General Kornilow machte, der die militärische Diktatur gegen die provisorische Regierung auszuspielen versuchte. Damals sagte sich seine Partei von ihm los.

Nach der Oktober-Revolution beginnt sein Kampf gegen den Bolschewismus — kein Mittel ist ihm zu niedrig. Darin ähnelte er seinen verschworenen Feinden, vor denen er jetzt zu Kreuze gekrochen ist. Er geht von einer antibolschewistischen Regierung zur andern, um einer jeden untreu zu werden; läuft von einem weißen General zum andern, um einem jeden in einem günstigen Augenblick den Rücken zu kehren; konspiriert der Reihe nach, ohne Erfolg mit allen Ententeregierungen, um schließlich bei den Polen zu landen, kämpft mit ihnen gemeinsam gegen Sowjetrußland, unterhält ein Spionagebureau zu Gunsten Polens, organisiert Attentate auf Lenin und vereinigt sich sogar mit Monarchisten. Seine bewaffneten Banden begehen die grausamsten Scheußlichkeiten, sein Bundesgenosse General Balachowitsch inszeniert jüdische Pogroms, die weißen Generäle morden Bauern und Arbeiter hin — Sawinkoff deckt alle diese Greueltaten. Er steht völlig isoliert da: keine Emigrantengruppe will von ihm etwas wissen. Er hat als politische Persönlichkeit längst ausgespielt, ist völlig in Vergessenheit geraten.

Da plötzlich spricht wieder die ganze Welt von Sawinkoff. Er ist erneut der Mittelpunkt der Weltgeschichte. Was war geschehen? Am 12. August verläßt Sawinkoff Paris, am 20. wird er in Minsk, also jenseits der russischen Grenze, unter dem Namen Stepanow verhaftet, am 22. erscheint er vor dem Militärkollegium des höchsten Tribunals, um am 29. ohne Verteidiger und Ankläger das Todesurteil entgegenzunehmen. Aber schon nach Verlauf weiterer zwölf Stunden wird er zu zehnjähriger Gefängnisstrafe begnadigt. Die Gerüchte verlauten, daß eine volle Amnestie bevorstehe.

Die Sowjetpresse frohlockt: Der schlimmste aller Feinde ist nicht allein unschädlich gemacht, hat nicht allein das Gericht und die Oeffentlichkeit mit den sensationellsten Enthüllungen über alle möglichen Staaten und alle möglichen führenden Männer Europas aufgewartet, er hat nicht nur erklärt, daß sein ganzer Kampf gegen die Bolschewiki ein großer Irrtum war, sondern auch alle „ehrliche" Russen zur Mitarbeit mit den Bolschewiki, die angeblich die wirklichen Träger des Volkswillens sind, aufgefordert. Deshalb ist ihm das Leben geschenkt worden, wie die „Pravda" sagt, damit er weitere Enthüllungen niederschreiben könne.

Die kommunistische Partei Rußlands triumphiert: Sawinkoffs Bußgang bedeute einen Todesstoß der politischen Emigration; nun blieb auch allen anderen nichts übrig als seinem Beispiel zu folgen. Wie immer, wurde Theater gespielt und den Massen etwas vorgemacht. Die Herren in Moskau sind viel zu gescheit, um nicht Sawinkoffs Wert richtig einzuschätzen. Er wird auf der politischen Börse sehr niedrig quotiert. Schlimm muß es aber um die Kredite der Allgewaltigen in Moskau beim Volke aussehen, wenn sogar Sawinkoff, nach dem Ausspruch der „Pravda", eine ausgedrückte Zitrone, für sie ein gefundenes Fressen ist. Sawinkoff, der bankerotte Spieler, die politische Null, der seine „Freunde von heute" seines Machtkitzels wegen morgen mit derselben Gewissenlosigkeit verraten würde, mit der er schon unzählige Male seine Freunde von gestern auf das Schafott lieferte.

Sawinkoffs Helfer sind seinerzeit zu Hunderten ins Jenseits befördert worden. Noch vor kurzem stand eine ganze Gruppe von ihnen vor Gericht. Sawinkoff selbst hat man begnadigt. Wahrscheinlich aus dem gleichen Grunde wie den Kommunistenführer, den General Slatschew u. a. m.; die leitenden Bolschewiken spüren in ihnen die Wesensgleichheit politischer Usurpatoren. Wie für sie das Höchste nicht das Wohl und Wehe des russischen Volkes ist, sondern das Parteiinteresse, so ist für Sawinkoff das Erste nicht das Glück seines Vaterlandes das Ziel seiner Wünsche, sondern das Wollgefühl seiner Persönlichkeit.

Dieses ganze abgekartete Spiel der Rückkehr, der Verhaftung, der Gerichtssitzung, des Todesurteils und der Begnadigung Sawinkoffs ist jedoch nach der moralischen Seite zu betrachten. Es vergeht z. B. kein Tag, an dem in Sowjetrußland Menschen wegen sogenannter Konterrevolution, Spionage, Aufruhr gegen die Sowjetregierung hingerichtet werden. Man möge Sawinkoff sein nichtswürdiges Leben gönnen. Warum aber werden jene Hunderte von Namenlosen nicht begnadigt, auch die nicht, die Sawinkoff in den Tod schickte? Weil aus ihnen die russische Kommunistische Partei für sich kein Kapital schlagen kann. Das ist die Moral der Geschichte. Die proletarische Moral sieht aber anders aus. Mit ihr hat die russische Kommunistische Partei bekanntlich nichts zu schaffen. Sie sind einander wert — Sawinkoff und Sinowjew.

„Starke Zumutung."

Das Pariser Echo der amerikanischen Schuldforderung an Frankreich.

Paris, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bekanntgabe des Hurlevschen Planes zur Abgeltung der französischen Schulden an Amerika hat in der Presse aller Parteirichtungen eine lebhafte Diskussion hervorgerufen. Die Blätter sind sich darin einig, daß die amerikanische Lösungsformel eine starke Zumutung darstelle, und halten mit ihrer Ungehaltenheit darüber nicht zurück, daß Frankreich verpflichtet sein solle, jahrzehntelang die gewaltigen, im Hurlevschen Plan vorgesehenen Summen zu zahlen. Der Opposition ist die Frage der interalliierten Schulden ein willkommener Vorwand, einen großzügigen Feldzug gegen die Regierung Herriots einzuleiten. Es ist bezeichnend, daß die Kommunisten Hand in Hand mit den Reaktionären die Regierung Herriot der Preisgabe der französischen Interessen anklagen. Daß dabei die Methoden der Kommunisten jenen der Reaktionäre sehr nahekommen, entspricht nur den Gewohnheiten, die die Opposition seit der Rückkehr Herriots aus London angewandt hat.

Diesen Anwürfen gegenüber betont die Presse der Regierungsparteien, daß es nicht die Schuld der gegenwärtigen Regierung sei, wenn die Frage der interalliierten Schulden ungelöst denn je sei, sondern dies lediglich eine Nachwirkung der Versäumnisse der französischen Regierungspolitik im Jahre 1919 und in den folgenden Jahren darstelle. Die Regierung Clemenceau habe es vorgezogen, schreibt die „Ere Nouvelle", statt sich mit Amerika über die Regelung der Schulden zu verständigen, die Aufstellung phantastischer Reparationsforderungen zu verlangen, und später habe Poincaré die öffentliche Meinung Amerikas durch das Ruhrabenteuer herausgefordert. Man ist berechtigt, die Frage aufzuwerfen, schreibt das Blatt weiter, ob wir aufgefordert werden, unsere Schulden oder die Irrtümer des Nationalen Blocks zu bezahlen. In ähnlichem Sinne äußert sich der „Paris Soir", der dem Nationalen Block vorwirft, die günstigen Gelegenheiten der Nachkriegszeit versäumt und gegenüber allen Problemen eine Art von passiver Resistenz getrieben zu haben, die sich jetzt bitter räche.

Keine Räumung Oberhausens?

Bochum, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß die deutschen Pressemeldungen über die bevorstehende Räumung der Oberhausener und Recklinghauser Zone, die als Einleitung der Räumung der Dortmund-Hoerde-Zone aufgefaßt werde, unrichtig sind. Es handele sich bei den Truppenbewegungen im Oberhausener und Recklinghausener Bezirk um Garnison-Umgruppierungen, die seit langer Zeit vorgesehen sind und die in keiner Verbindung mit der Räumung der Zone von Dortmund-Hoerde stehen.

*

Richtig ist, daß Oberhausen nicht in die spätestens bis zum 19. Oktober militärisch und wirtschaftlich zu räumende Zone Dortmund-Hoerde fällt. Man hätte trotzdem annehmen können, daß die vorläufig tatsächlich erfolgte Räumung von Oberhausen als endgültig zu betrachten ist, da der in London durch Herriot zugesagte Räumungstermin als Endtermin zu betrachten und von dem französischen Ministerpräsidenten selbst in diesem Sinne ausgelegt worden ist. Gerade deshalb möchten wir wünschen, daß Oberhausen nicht mehr mit Truppen belegt werde. Diesem Wunsch hegen wir um so mehr, als die vorstehende Verlautbarung der französischen Militärs scheinbar nichts anderes ist als ein Schachzug gegen die Verständigungspolitik, den die deutschen Reaktionäre — ohne Grund — für ihre Parteigeschäfte ausnutzen dürften.

Republikanischer Tag für Südwestdeutschland. Aus Mannheim wird gemeldet: Anläßlich der Einweihung eines Denkmals für den gefallenen Dr. Ludwig Frank, die am 28. September, 11 Uhr vormittags, vor sich geht, wird hier am 27. und am 28. September ein Republikanischer Tag für Südwestdeutschland abgehalten. An der Denkmalsenthüllung werden Vertreter des Reichs, der Länder und der Parlamente teilnehmen.

Wir und die Exoten.

Von Paul Clemens Korth.

Jeder Blick in die Tageszeitungen belehrt über die Unmengen von Mühe und Arbeit, die nach wie vor an die Erforschung und an die Popularisierung asiatischer, ägyptischer und exotischer Kunst gewendet werden. Werke über diese Gegenstände besitzen wir in reicher Zahl; die Abhandlungen darüber zählen nach Tausenden; und was die Vorträge anlangt, so zählen die Exoten sicherlich zu den beliebtesten und häufigsten Themen. Bekanntlich beschränken sich unsere Beziehungen zu den Exoten keineswegs auf das Gebiet der Kunst. Das Kunstgewerbe holt sich Anregungen aus ihnen, die Dichtung verwertet sie und im religiösen und philosophischen Denken spielen sie eine außerordentliche Rolle. Wir stehen vor einer richtigen „Mode" in dieser Hinsicht.

Vielen, die dies gesehen und richtig erkannt haben, verdichtet sich das zu einem Gefühl einer Bedrohung. Sie sehen eine Gefahr für unsere Kunst und Kultur in dieser weitgehenden Verwertung weit entlegener Anregungen. Ich möchte diese Furcht nicht teilen. Es ist eine große Kraft in allem Lebendigen, die das Fremde wohl vorübergehend anzieht, aber es nach erfolgter Ausnutzung glatt und restlos wieder abstößt. Eine wirkliche Bedrohung ist im Exotismus nicht gegeben.

Wohl aber eine enorme Kraftvergeudung. Es gibt wenige Tatsachen, die so feststehen wie die, daß jedes Teilnehmen an einer geistigen Mode mit Sicherheit verschwendete Arbeit ist. Man stelle sich nur vor, was mit den zahllosen nudeldicken Weiblein und Männlein geschehen wird, die alljährlich in Auswirkung asiatischer Anregungen aus den Bildhauerateliers hervorgehen! Ist wenig Jahren wird man sie als peinliche Angelegenheiten belächeln. Die Geisteswelle, die sie trug, wird verebbt sein, sie werden als kläßliches Strandgut irgendwo verwittern. Zeit- und Kraftvergeudung — das ist das sichere Uebel, das sich aus der Teilnahme an einer Mode ergibt. Jeder, den asiatische Reize kitzeln — und wer zählt heute nicht dazu? —, sollte sich sagen, daß er damit nicht im Bereich des Dauernden und Tüchtigen ist, sondern eben in der Sphäre eines flüchtigen Räuschleins. Der Grund ist einfach. Echt und wahr ist immer nur die Leistung, die aus dem innersten Müssen eines Menschen herauskommt. Moden reizen und bestimmen uns so vielfältig, daß wir zum Schluß glauben: Ja, da ist Regung aus deiner Tiefe, hierauf kannst du eine Leistung aufbauen. Aber dieser Glaube ist eine Täuschung, und Täuschung ist alles, was auf ihn gebaut ist. Asien spielt für uns heute dieselbe Rolle wie vor 30 Jahren die Renaissance, später das Biedermeier, dann die Romantik, dann die Gotik, das Barock. Es ist nichts mit derlei Kitzeln, Sehnsüchten und Maskeraden. Letzten Endes wird doch immer wieder die Erkenntnis kommen, daß wir unser eigenes Leben zu leben haben, unterstützt durch das Schaffen unserer Vorfahren und die ewigen Kräfte der griechischen Antike. Aus anderen Gebieten mag manchmal ein nützlicher, tüchtiger Antrieb kommen, eine erweiternde, anregende Einfühlung, aber mit Sicherheit nichts, was das Tiefste in uns nährt und stärkt.

Trübes Wetter.

Es ist ein stiller Regentag,
so weich, so ernst, und doch so klar,
wo durch den Dämmer brechen mag
Die Sonne weiß und sonderbar.

Ein wunderliches Zwielicht spielt
beschaulich über Berg und Tal;
Natur, halb warm und halb verkühlt
sie lächelt noch und weint zumal.

Die Hoffnung, das Verlorensein
und gleicher Stärke in mir wach,
die Lebenslust, die Todespein,
sie ziehn auf meinem Herzen Schach.

Ich aber, mein bewußtes Ich,
beschau das Spiel in stiller Ruh,
und meine Seele rüstet sich
zum Kampfe mit dem Schicksal zu.

Gottfried Keller.

Der neueste Roman von Frank Thieß, dem Verfasser von „Die Verdammten", „Angelika ten Swaart", „Der Tod von Falern", „Das Gesicht des Jahrhunderts" und anderer Werke, ist soeben unter dem Titel „Der Leibhaftige" im Verlag von J. Engelhorns Nachfolger in Stuttgart erschienen.

Berghof als Othello.

Das Theaterbureau hatte für gestern abend eine „Othello"-Aufführung in der diesjährigen Erstaufführung angekündigt. Die Erstaufführung fand bekanntlich mit Boiz in der Titelrolle statt. Augenscheinlich hatte das Bureau den seinerzeit verunglückten Versuch einer Erstaufführung gemeint. Denn gestern spielte Berghof den Othello. Seine Darstellung war — von einigen rein theatralischen Gewohnheitsgesten abgesehen — meisterhaft. Der Sänger blieb uns jedoch fast alles schuldig, was wir von dem Reproduzenten Verdischer Gesangskomposition erwarten durften. Das übermäßige Forcieren der Töne am Anfang ließ gleich nichts Gutes erwarten. Und so bestätigte sich im Laufe des Abends denn die von vornherein gehegte Befürchtung, daß es dem Sänger nicht nur an Elastizität der Tongebung, an Modulationsfähigkeit des Organs, sondern auch an der erforderlichen Höhe fehlen würde. Selbst die vortrefflichste Darstellung war im Einzelfalle nicht immer imstande, peinliche Sekunden überwinden zu helfen. Verdi will nun einmal gesungen, und zwar mühelos gesungen sein.

Die zurzeit bestehende Regelung der Heldentenorfrage erscheint uns bei der immerhin beschränkten Verwendungsfähigkeit Berghofs für die Dauer der Saison unragbar.

Der Theaterzettel verzeichnete zur Orientierung des Publikums: „Nach dem 1. Aufzug längere Pause." Das war zweifellos ein Druckfehler. Es muß nämlich heißen: „Nach dem 1. Aufzug längere Pause, nach dem 2. Aufzug lange Pause, nach dem 3. Aufzug sehr lange Pause."

Hier schweigt der Chronist . . .

Sch.

„Die Frau von vierzig Jahren" heißt ein Schauspiel von Eil-Vara, das am kommenden Freitag seine hallische Erstaufführung erlebt. Das Schauspiel gibt einen Einblick in das Liebesleben dreier Frauen und dürfte auch in Halle allseitigem Interesse begegnen. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Grether, Dilber, Theiter-Lange und Herr Hellmuth Erdmann. Spielleitung: Else Rochel-Müller. — In der morgigen „Tristan"-Aufführung singt Kammersänger Dr. Oskar Bolz die Partie des Tristan. Freitag: „Die Frau von vierzig Jahren". Sonnabend 7 Uhr: „Faust".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409171-11/fragment/page=0002

Der Schiedsgerichtsbarkeitsentwurf.

Die Grundlage der englisch-französischen Einigung.

Genf, 16. September. (Eig. Drahtbericht.)

Als Grundlage der englisch-französischen Einigung in der Abrüstungsfrage dient ein Projekt von Benesch (Tschechoslowakei), das neun Artikel enthält. Die ersten drei Artikel regeln die Bestimmungen für die Anwendung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Die erste Kommission des Völkerbundes soll ihnen die endgültige Fassung geben. Der vierte Artikel bestimmt, daß im Fall eines Streites zwischen zwei Ländern der Völkerbundsrat Kommissionen in beide Länder entsendet, die Untersuchungen anstellen. Fünfter Artikel: Staaten, die ihre Verpflichtungen gegenüber den Konventionen nicht einhalten oder eine Handlung begehen, die eine Bedrohung des Friedens darstellt, werden als außer dem Gesetz stehend betrachtet. Sechster Artikel: Der Rat kann zur Verhütung von Kriegen entmilitarisierte Zonen schaffen. Wer diese Zonen verletzt, gilt als Angreifer. Siebenter Artikel: Der Rat soll in Zukunft mit einfacher Stimmenmehrheit entscheiden, ob Sanktionen erfolgen sollen. Diese Sanktionen treten dann automatisch gegen den Angreifer in Kraft. Achter Artikel: Die drei Kommissionen beim Völkerbund für Finanz-, Wirtschafts- und Militärfragen werden mit der Ausarbeitung der Sanktionen beauftragt. Alle Staaten, die im Fall eines Angriffs Sanktionen vornehmen, sollen die Stärke der hierfür verfügbaren Truppen dem Völkerbundsrat sofort mitteilen. Neunter Artikel: Der ganze Plan ist als Protokoll abgefaßt. Die Völkerbundsversammlung soll eine Resolution fassen, die alle Staaten auffordert, dieses Protokoll zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung gilt als verbindlich.

Die belgische Industrie gegen den Achtstundentag.

Brüssel, 16. September. (Eig. Drahtbericht.)

Das Zentralkomitee der belgischen Industriellen veröffentlicht eine Entschließung, in der aus Anlaß der Berner Besprechungen über den Achtstundentag zunächst daran erinnert wird, daß **das belgische Gesetz über den Achtstundentag dem Buchstaben und der Ausführung nach das strengste von allen bestehenden Gesetzen über die Arbeitszeit sei.** In Deutschland werden mindestens neun und zehn Stunden gearbeitet, **die Vereinigten Staaten würden das Prinzip des Achtstundentages ebenfalls nicht anerkennen.** (!) Schließlich geben die Industriellen der Auffassung Ausdruck, daß die Konkurrenzfähigkeit der belgischen Industrie im In- und Auslandsmarkte durch die Ratifizierung einer Konvention, die für einen Zeitraum von elf Jahren die Produktionsverhältnisse regelt, beeinträchtigt würde. Im Namen aller Produzenten Belgiens warnt das Komitee deshalb die Regierung, irgendetwa Verbindlichkeit einzugehen, die die wirtschaftliche Lage des Landes erschweren würde.

*

Die Sorgen der belgischen Industriellen ähneln den Sorgen ihrer deutschen Kollegen wie ein Neugeborenes dem anderen. Man spricht von der wirtschaftlichen Lage des Landes und meint den privaten Profit des Einzelunternehmers. Es ist nur gut, daß sich der Achtstundentag international nicht nur trotz der wirtschaftlichen, sondern auf Grund der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder — Belgien eingeschlossen — durchsetzen wird. Das Tempo wird wesentlich von dem Maße der Klugheit und des Drückes der Arbeiterschaft abhängen.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Dänemark.

Kopenhagen, 17. September. (Radiomeldung.)

Die am Dienstag erfolgten Wahlen zum dänischen Landsthing ergaben für die Sozialdemokratie ein außerordentlich zufriedenstellendes Resultat. Während sie allein selbst als Regierungspartei gewannen, verloren alle anderen Parteien. Gewählt wurde für insgesamt 28 neue Sitze. Davon erhielten die Sozialdemokraten nach dem bisherigen Gesamtergebnis 12. Sie gewannen drei Mandate. Die Konservativen erlangen fünf Sitze und verlieren, die Venstierer erhalten von ihren bisherigen zehn Sitzen nur acht zurück. Auch die Radikalen verlieren von zwei Mandaten eins. Das eine restliche Mandat, das noch nicht verteilt ist, wird voraussichtlich ebenfalls der Sozialdemokratie zufallen.

Ostmarkenvereins-Blüten.

Breslau, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der „Deutsche Ostbund", eine Organisation, die als Interessenvertretung von Flüchtlingen aus den neupolnischen Gebieten amtlich anerkannt wird, hielt in den letzten Tagen in Breslau eine Tagung ab. Die Reichsregierung war vertreten und der Reichspräsident begrüßte die Versammlung in einem Telegramm, in dem er der Leiden der Flüchtlinge gedachte. Wenn die Art der Tagungsleitung und der Verlauf der Tagung vorher bekannt gewesen wäre, dürfte das wahrscheinlich unterblieben sein. Der „Ostbund" entpuppte sich nämlich als echter Nachfolger des alten „Ostmarkenvereins", der allerdings daneben sein Dasein in der Stille noch weiter fristet. Die Hauptredner, Geheimrat von Tilly und zwei evangelische Pastoren (!), ergingen sich in wüster nationalistischer Hetze, empfahlen Abhilfe für das Elend der deutschen Flüchtlinge mit der Waffe in der Hand gegen die Nachbarstaaten im Osten, vor allem gegen Polen und machten sich auch rechtsradikale antisemitische Redensarten zu eigen, obwohl dem Ehrenausschuß auch ein Rabbiner angehört. Es ist bedauerlich, daß eine solche Organisation noch heute amtliche Unterstützung erhält und sich bei Berliner Stellen offenbar als harmlose Vertretung von Flüchtlingsinteressen ausgeben kann, während sie auf ihren Tagungen wüste Hetzen gegen die Republik, gegen Teile der deutschen Bevölkerung und gegen den Frieden mit den Nachbarn treibt.

Vor dem Fall Mekkas.

Paris, 16. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der König Feisal von Mesopotamien hat zugunsten des äußerst bedrohten Königs von Hedschas einen Angriff von Norden her gegen die Wahabiten eingeleitet. Der gewünschte Erfolg, die Wahabiten vom Hedschas abzulenken, ist jedoch nicht eingetreten. Sie stehen mit ihren Hauptkräften nur noch 60 Kilometer von Mekka. Es wird ernsthaft damit gerechnet, daß diese heilige Stätte des Islams in wenigen Tagen fällt.

Der chinesische Bürgerkrieg.

Eingreifen von sieben mandschurischen Divisionen.

London, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der chinesische Bürgerkrieg hat durch das aktive Eingreifen des mandschurischen Generals Tschangs nun auch den Norden des Landes erfaßt. General Tschang hat mit mehr als sieben Divisionen den Kampf gegen die Regierungstruppen aufgenommen und ist bereits in die Provinz Tschili, dem Hauptsitz der jetzt in China die Zentralregierung bildenden Partei, eingedrungen. Seine Truppen drängen auf Peking zu, wo er durch Flugzeuge bereits Proklamationen hat abwerfen lassen, die seinen baldigen Einzug verkünden.

Auf der Tschekiang-Front werden die Kämpfe mit unverminderter Heftigkeit und großen blutigen Verlusten auf beiden Seiten fortgesetzt, ohne daß bisher eine entscheidende Wendung zu erkennen ist. Die Flotte der Mächte hat Kanonenboote in die Mündung des Jangtsekiang geschickt, um von da aus den Schutz der Fremdenkolonie von Schanghai besser bewirken zu können.

Der Kampf um die Thüringer Staatsbank.

Ein Antrag des Staatsbankpräsidenten Loeb.

Obwohl über die Revision der Thüringischen Staatsbank noch von keinem der beiden Revisoren ein Bericht vorliegt, geht bereits ein Teil der thüringischen und außerthüringischen Presse auf diese Angelegenheit ein, und zwar nicht nur in formeller, sondern auch in materieller Hinsicht. Was unter solchen Umständen die Revision bedeutet, dürfte jedem klar sein. Um nun eine vollständige Klärung in dieser Frage herbeizuführen, hat Staatsbankpräsident Loeb ohne Rücksicht auf das Ergebnis der jetzigen Revision an den Verwaltungsrat, die gesetzmäßige Instanz, den Antrag gestellt, daß der Verwaltungsrat die autokratische Deutsche Treuhand-Gesellschaft Berlin ersucht, umgehend eine Revision des gesamten Geschäftsbetriebes der Thüringischen Staatsbank vornehmen zu lassen. Für den Fall, daß dieses Gutachten und der Bericht der jetzigen beiden Revisoren sich entgegenstehen, soll der Präsident des Reichsgerichts zwei Obergutachter bestellen. Mit der Annahme dieses Antrages des Staatsbankpräsidenten Loeb dürfte zweifellos die in der Oeffentlichkeit oft umstrittene Frage über die Geschäftsführung der Thüringischen Staatsbank einwandfrei geklärt werden.

Zurückgezogen. Aus Hannover erhalten wir folgende Radiomeldung: Der Oberbürgermeister von Hannover, Leinert, hat seine Unterschrift unter dem bekannten Pensionierungsvertrag zurückgezogen.

Wirtschaftspolitik.

Berliner Produktenmarkt.

Auf dem Berliner Produktenmarkt haben die Preise bei festester Tendenz ihren Hochstand vom Sonnabend behauptet. Charakteristisch ist, daß Auslandsware teurer angeboten wird. In Kreisen des Reichsernährungsministeriums gab man sich der Illusion hin, daß die nun niedrigeren Auslandspreise den deutschen Getreidepreis drücken müßten. Rein händlerisch betrachtet, sind diese Dinge so kompliziert, daß allgemeine Erwartungen, wie sie zum Teil im Reichswirtschaftsministerium gehegt werden oder wurden, sehr skeptisch zu beurteilen sind. In diesem Falle spricht dagegen die Zurückhaltung der Agrarländer, die mangelhaft mit Offerten am Markt sind. Wahrscheinlich schreckt das Beispiel des sinnlosen Verschleuderns, das Kanitz in Deutschland gegeben hat. Auch rechnet der internationale Handel damit, daß Deutschland riesige Quantitäten zurück- und zukaufen muß, um seinen Bedarf im Wirtschaftsjahre 1923/24 zu decken. Man veranschlagt die Menge immerhin für so umfangreich, daß man sich getraut, zum mindesten nicht unter deutschem Preis anzubieten. Die teure Auslandsware am Dienstag-Markt hat diese Auffassung bestätigt.

Vor allem ist auch das spekulative Moment der unerledigten Kornvorlage vom 10. Juli 1924 nicht zu vergessen. Die in ihr vorgesehenen Getreidezollsätze haben bei der Preisstellung für Auslands- und Inlandsgetreide bereits eine erhebliche Rolle gespielt und dürften sie noch spielen. Daß wir die Getreidepreise auf einen normalen Stand herunterdrücken müssen, darüber braucht heute nicht mehr debattiert zu werden, da die Entwicklung der Preistendenz unsere Kaufkraft und unseren Export abermals zu dezimieren droht und schon jetzt die propagandahaft aufgemachte Verbilligungsaktion der Regierung zum Scheitern verurteilt. Die ganze Unsicherheit in Wirtschaft und Handel, die sich treffend auf der Kölner Messe zeigt, rührt doch nur daher. Es ist, und hoffentlich wird die Entwicklung des Auslandsgetreidepreises dem Reichsernährungsministerium eine wirksame Lektion sein, unbedingt nötig, den von den Getreide- und Viehmärkten kommenden starken Preisantrieb auszuschalten. Die Regierung kann damit den Anstoß machen, indem sie die Zollvorlage, die überhaupt keinen Sinn mehr hat, zu den Akten legt.

Das Essener Kohlensyndikat.

Bochum, 16. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungen um die Neubildung des Kohlensyndikats drohen durch die Haltung der Hauptopponenten zu scheitern. Nach dem bis Dienstag 8 Uhr abends vorliegenden Ergebnis besteht keine Aussicht, die fehlenden 10 Prozent der Mitglieder in das Syndikat hineinzubringen. Die Verhandlungen nehmen einen sehr erregten Verlauf. Die 90 Prozent der Syndikatsmitglieder, die der Neubildung des Kohlensyndikats zugestimmt haben, erklären, daß sie, falls die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, ein freiwilliges Syndikat bilden wollen.

Von den Zechenbesitzern wird betont, daß jede Regelung durch die Behörden nur dann Zweck hat, wenn sie zugleich für den Kohlenhandel bindende Bestimmungen vorsieht.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns dazu geschrieben: Während in Essen die Möglichkeit noch nicht aufgegeben wurde, die letzten Außenseiter zum freiwilligen Abschluß an das neu zu gründende Kohlensyndikat zu bewegen, hat sich das Reichswirtschaftsministerium entschlossen, auf dem Verordnungswege die nun schon monatelang wütenden Kämpfe zu beenden. Amtlich wird dazu eine Mitteilung verbreitet, die keinen Zweifel über die Absicht des Wirtschaftsministeriums läßt, zum Zwangssyndikat zu greifen. Der Minister hat diese Möglichkeit auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes. In der amtlichen Erklärung heißt es u. a.:

„Trotz der Bedenken, die an sich gegen staatliche Eingriffe in die wirtschaftliche Selbstverwaltung sprechen und trotz der Einwendungen, die im einzelnen gegen manche Bestimmungen des Syndikatsvertrages geltend zu machen wären, entschloß sich der Reichswirtschaftsminister, den von der überwältigenden Mehrheit des Ruhrbergbaues geforderten restlosen Zusammenschluß auf der von ihr angenommenen Grundlage dadurch herbeizuführen, daß er die außenstehenden Bergwerksbesitzer auf dem Verordnungswege in das Kohlensyndikat einfügte."

Die Zwangseinfügung bedeutet natürlich in der Praxis das Zwangssyndikat. Mit ihm wäre also ab Sonnabend zu rechnen. Damit sind natürlich jene Fragen nicht erledigt, die zum Kampf um das Syndikat führten. Von berufener Seite, u. a. von Fritz Thyssen, ist glatt und eindeutig darauf verwiesen worden, daß das alte Institut Emil Kirdorffs nicht ganz den Notwendigkeiten unserer Zeit entspricht und gerade für die Senkung der Gestehungskosten ein gewisses Hindernis bildet. Unseres Erachtens erwächst dem Minister mit seinem Eingriff gleichzeitig die weitere Pflicht, sich auch für die Regelung dieser Dinge mit gleicher Pünktlichkeit und Energie zu verwenden.

Die Pariser Banken und die 800-Millionen-Anleihe. Nach Blättermeldungen haben die meisten Direktionen der Privatbanken hinsichtlich der französischen Beteiligung an der aufzubringenden Anleihe von 800 Millionen Goldmark erklärt, daß sie die von amerikanischen Bankiers aufzustellenden Bedingungen unterstützen wollten. Nach der gleichen Meldung haben die bedeutendsten Kreditanstalten ihre Beteiligung zugesagt.

Genossenschaftsbewegung.

Eine neuartige Volksversorgung?

Durch Vermittlung einer Berliner Annoncenexpedition ist in diesen Tagen einer Reihe von Zeitungen eine Anzeige und eine redaktionelle Notiz zugestellt worden, in denen ein angeblicher Reichsverband deutscher Konsumenten großsprecherisch „Die neue Volksversorgung mit billigen Lebensmitteln" ankündigt, die er nach einem „neuartigen Verfahren" betreiben will.

Viele Anfragen an den Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, müssen dahingehend beantwortet werden, daß ein Reichsverband deutscher Konsumenten und auch die Auftraggeber jener Anzeigen bisher völlig unbekannt sind. Die Leute, die nach eingezogenen Erkundigungen in Berlin in den Räumen eines kapitalistischen Im- und Exportgeschäfts auf die Einsendung von „Mitgliederbeiträgen" derjenigen Zeitungsleser warten, die gutmütig ohne weiteres 2 Mk. darhin senden, haben mit irgendeiner konsumgenossenschaftlichen Organisation nichts gemein, die von ihnen gewählte Firma kann höchstens geeignet sein, Unwissende zu täuschen.

Das „neuartige Verfahren" würde, falls nichts Schlimmeres passierte, darin bestehen, daß ein paar auf Absatz bedachte amerikanische Packerfirmen den Herren „Direktoren" in Berlin ein Geschäft erleichterten, bei dem die etwaigen „Mitglieder" und Warenbesteller monatlich vielleicht eine Nachnahmesendung eingepackter Waren erhalten würden, die sie — nach erfolgter Bezahlung ansehen könnten; ob und inwieweit sie aber zu gebrauchen wären, ist alsdann noch eine Frage für sich.

Soviel sei zunächst auf die erwähnten Anfragen zur erwünschten Aufklärung vorläufig hier mitgeteilt. Für alle konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher und auch für diejenigen, die es noch nicht sind, die aber dennoch nach der besten Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln streben, kann es keine Frage darüber geben, daß sie in den bestehenden Konsumvereinen die einwandfreiste Lebensmittelversorgung finden, daß sie danach unbedingt handeln und im übrigen jede fragwürdige Privatunternehmung, die vor allem erst einmal Geld verlangt, ablehnen.

Aus aller Welt.

Ein Blick und der genügt.

Appetitlich wie ein frischer Pfirsich steht sie vor dem Richter des Potsdamer Amtsgerichts, die junge 25jährige Marie R. Es wurde ihr zur Last gelegt, einem 70jährigen Rentenempfänger am 1. Februar 1924 seine ganze Rentenunterstützung gestohlen zu haben. Mit humpelnden Schritten betritt der 70jährige den Gerichtssaal, das Gesicht von einer erschreckenden Häßlichkeit. Und bei ihm hat die Junge gehockt, Tag und Nacht, jahrelang. In seiner armseligen Stube im Keller haben die beiden oft gezecht, manchmal gehungert und — sich lieb gehabt. Eines Nachts lagen sie sterbenskrank vom Alkoholgenuß in der kleinen Rentnerstube, und als er erwachte, war sie und seine Unterstützung verschwunden. Ein Zettel lag auf dem Tisch: „Morgen bin ich heim Fritz. Sonntag nacht wieder bei dir, da lieb ich dir wieder." Aber sie blieb bei Fritz und er zeigte sie an. Vor Gericht sahen sie sich wieder. Ein Blick von ihr und — der Alte war entwaffnet. „Hoher Gerichtshof, ich will nicht, daß sie bestraft wird, ich nehme den Antrag zurück," flehte der Alte. Darauf nahm der Amtsanwalt die Klage zurück und das Verfahren wurde eingestellt. Sanft wie ein Kätzchen schmiegte sich die Junge an den humpelnden Alten.

Der Pariser Skandalprozeß.

Paris, 16. September.

Die Leiche des Grafen Kerninon wurde gestern ausgegraben, um durch die Untersuchung der Gerichtsärzte festzustellen, ob ein Selbstmord oder ein Unfall vorliegen kann. Das Ergebnis der Untersuchung scheint beide Hypothesen auszuschließen. Die Presse hält es für erwiesen, daß der Graf durch eine andere Person getötet worden ist. Der Verteidiger der unter dem Mordverdacht verhafteten Gräfin versichert zwar die Unschuld seiner Klientin, aber die Sache der Gräfin Kerninon steht schlecht.

Z. R. III und Nordpol-Flug. Aus Washington wird gedrahtet: Wie im Weißen Hause verlautet, dürfte die Ankunft des Luftschiffs Z. R. III in den Vereinigten Staaten den Plan eines Nordpol-Flugs durch ein amerikanisches Marineluftschiff wiederaufleben lassen. — Der amerikanische Kapitän Klein, der von der Regierung der Vereinigten Staaten den Auftrag erhalten hat, das Zeppelinluftschiff in Friedrichshafen abzunehmen, ist heute vormittag an Bord der „Mauretania" in Cherbourg angekommen.

Bergmannstod. Aus Newyork wird gedrahtet: Auf einer Kohlengrube in Wyoning sind durch eine Explosion 50 bis 80 Bergleute verschüttet worden.

Verschüttet. Das Oberbergamt Dortmund teilt mit: Am Dienstagmorgen sind beim Versaden von Haldenasche auf der Zeche „Schlesvig" durch herabstürzende glühende Massen drei Mann getötet und sieben schwer verletzt worden. Zwei Mann sollen noch verschüttet sein. Ob noch weitere Opfer zu beklagen sind, läßt sich zurzeit nicht feststellen. Die amtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Straßenbahn-Kollision in Charlottenburg. Gestern nachmittag fuhr in Charlottenburg ein Straßenbahnwagen auf einen haltenden Straßenbahnzug auf, in den gerade Schulkinder einsteigen wollten. Die Plattform des Anhängewagens wurde vollständig zerdrückt. Vier Personen wurden schwer und fünf leicht verletzt. Mehrere Kinder erlitten bei dem Anblick einen Nervenchok; einige fielen in Schreikrämpfe.

Schweres Automobilunglück. Aus Heroldsberg (Unterfranken) wird gedrahtet: Gestern nachmittag ereignete sich ein schweres Automobilunglück, bei dem die beiden Insassen, zwei Nürnberger Herren, zum Teil schwer verletzt wurden. Der Wagenführer kam mit dem Schrecken davon. Der Wagen ist vollständig zertrümmert. Bei dem Schwerverletzten handelt es sich um Dr. Klott vom „Fränkischen Kurier".

Acht Berliner Angestellte durch Spiritusdämpfe vergiftet. In der Kunstanstalt von Silbermann, Keßler u. Ko. in der Wasserstorstraße 50 ereignete sich ein Unglücksfall, dessen nähere Umstände noch zu klären sind. Infolge Einatmens von Spiritusdämpfen, die offenbar Bestandteile von Methylalkohol oder Fuselöl enthielten, erkrankten acht Angestellte der Kunstanstalt an mehr oder minder schweren Vergiftungserscheinungen. Zwei Personen, deren Zustand zu Besorgnissen Anlaß gab, wurden durch die sofort erschienene Feuerwehr nach dem Urbankrankenhause gebracht. Die übrigen sechs Erkrankten, von denen vier nur leicht betroffen sind, wurden durch einen Arzt der Rettungsstelle 12 vorläufig behandelt und dann ebenfalls in das Urbankrankenhaus übergeführt.

Schwerer Verkehrsunfall. An der Ecke Kurfürstendamm und Brandenburgische Straße in Berlin ereignete sich in den gestrigen Vormittagsstunden ein schwerer Verkehrsunfall. Ein unbekannter Mann mittleren Alters, der versuchte, auf den Triebwagen einer schnellfahrenden Straßenbahn aufzuspringen, trat fehl und geriet unter die Räder des Anhängers. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche des Verunglückten wurde von der Feuerwehr geborgen.

Für 600 000 Franken Schmuucksachen erbeutet. Ein kühner Diebstahl wurde gestern in der Wohnung des französischen früheren Leiters der militärischen Polizei der Vereinigten Staaten, der in Paris wohnt, verübt. An der Dachrinne drangen die Diebe in die Wohnung ein. Der Bestohlene, Herr Griw, schätzt die ihm entwendeten Gegenstände sowie den ganzen Schmuck seiner Frau auf 600 000 Franken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409171-11/fragment/page=0003

Vereins-Kalender
der SPD.,
Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung : die aller anderen Vereine zum jeweiligen Milimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Ortsausschuß Halle des ADGB. Freitag, den 19. September 1924, abends 7½ Uhr im „Volkspark", Kartellzimmer: Sitzung. Der Vorstand.

Frauenausschuß. Freitag, den 19. September abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Sitzung. Bebels „Frau und der Sozialismus" mitbringen. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Arbeiterwohlfahrt (Nähstuben). Der Nähstubenbetrieb ist im vollen Gange. Montags in der Jugendherberge. Donnerstags in der Wittekind-Schule. Beginn 5 Uhr. Alte Leute, junge Mädchen, die sich ihre Kleidung umändern oder neu herrichten wollen, sind jederzeit willkommen. Arbeitende Mütter, die schlecht dazu kommen, die Strümpfe für sich und ihre Familie in Ordnung zu halten, können sie sich gegen ganz geringe Vergütung durch die Nähstube stopfen und anstricken lassen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegerhinterbliebenen u. Kriegsteilnehmer (Ortsgruppe Halle a. S.). Freitag, den 19. Sept., abends 8 Uhr, im „Wintergarten" (Magdeburger Straße): Große öffentl. Protestkundgebung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Auflösung der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge. Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sämtlicher in Halle bestehenden Kriegsopferorganisationen werden ersucht, zu dieser Kundgebung zahlreich zu erscheinen.

Die Einberufer:
Sämtl. Kriegsopferorganisationen von Halle.

Aus dem Bezirk.

Ammendorf. Mittwoch, den 17. Sept., abends 8 Uhr, in der „Warte": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht der Gemeindevertreter. Alle Mitglieder mit ihren Frauen müssen erscheinen, da wichtige Gemeindeangelegenheiten zu behandeln sind.

Friedersdorf. Mittwoch, den 17. Sept., im Gasthof „Zum Stern": Mitgliederversammlung. Da wichtige Tagesordnung, ist es Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen.

Kreppin. Mittwoch, den 17. Sept., abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder nebst Frauen wird erwartet.

Merseburg. Ortsausschuß des ADGB. (Gewerkschaftskartell). Donnerstag, 18 Septbr. abends 8 Uhr, im „Tivoli": Kartell-Sitzung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Delegierten notwendig.

Bitterfeld. Donnerstag, den 18. September, abends 8 Uhr, im Konzerthaus Döring: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Londoner Abkommen und Sozialdemokratie. Referent: Landtagsabgeordneter Dr. Waentig (Halle). Wir machen es jedem arbeitsfreien Genossen zur Pflicht, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Artern. Donnerstag, den 18. September, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Das Londoner Abkommen und die Arbeiter.

Eilenburg. Donnerstag, den 18. Sept., abends 8 Uhr, in der „Stadthalle" (kleines Zimmer): **Frauenabend.** Tagesordnung ist äußerst wichtig. Alle Genossinnen müssen deshalb erscheinen.

Holzweißig. Freitag, abds. 8 Uhr, im Lokal Sonntag: Mitgliederversammlung der SPD. Vortrag des Genossen Zimmermann-Ramsin. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Eilenburg. Freitag, den 19. Sept., abends 8 Uhr, im „Seminar": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Kreistag und Genossenschaftstag. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Bezirk Mitte. Donnerstag, den 18. Sept., abends 8 Uhr, im „Schwarzen Bär" (Marktplatz — Bärgasse): Bezirksversammlung. Vortrag. Referent zur Stelle.

Ortsgruppe Merseburg. Donnerstag, den 18. Sept., abends 8 Uhr, im Restaurant Goldene Kugel (Obere Breitestr.): Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Ortsgruppe Delitzsch. Donnerstag, den 18. Sept., abends 8 Uhr im „Ring": Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht, daß alle Kameraden erscheinen, da die letzten Vorbereitungen getroffen werden zur Bannerweihe. Ehrlich gesinnte Republikaner, die gewillt sind, dem Bund beizutreten, sind hiermit eingeladen.

Ortsgruppe Bitterfeld. Freitag, den 19. September, abends 8 Uhr, im „Fürst Bismarck": Wichtige Mitgliederversammlung. — Sonntag, den 21. September: Teilnahme an der Fahnenweihe der Ortsgruppe Delitzsch. Treffpunkt wird in der Mitgliederversammlung bekannt gemacht.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Kauf und Verkauf
werden spielend geregelt durch eine Anzeige im
„Volksblatt"

Eröffnung Donnerstag, den 18. September,
vormittags 10 Uhr.
Gaststätten
Haus Dietrich
vormals Metropol-Hotel, Gr. Steinstr. 64/65 :: Fernspr. 8643
Fremdenzimmer - - - Weinhandlung - - - Siphon-Versand
Im Erdgeschoß:
HB Hofbräustübel HB
o Spezialausschank des Kgl. Hofbräuhauses in München. o
Im I. Stock:
Schoppenwein-Stuben : Feinkostbüfett : Klubzimmer
Allererste Küche - - - - - - - - - - Saisongerichte
Besitzer und Bewirtschafter
Rudolf Dietrich
Generalvertreter des Kgl. Hofbräuhauses München,
Bier-, Wein- und Spirituosen-Großhandel

Stadt-Theater.
Donnerstag, abds. 7½ Uhr:
Undine
Freitag, abends 7½ Uhr:
Frau v. vierzig Jahren

Knabenanzüge
w. sehr billig angef
Gr. Ulrichstr. 28 I.

Lebensmittel
in besten Qualitäten, reich. Auswahl u. preiswert bei 9706
Ed. Sorg
Kolonialwaren
Hermannstraße 7.

Babykleidchen und Mäntelchen
billig zu verk. 9968
Gr. Ulrichstr. 28 I.

Fahrräder und 9705
Ersatzteile
Otto Hänisch, Turmstraße 156. Telephon 2719.

Leder-Sohlen
und Abfälle bei
Leder-Kranig
Neue Promenade 15

Knabenanzüge
neu, billig zu verk.
Gr Ulrichstr. 28 I.

Schwarze
Seidenplüschjacke
(42) zu verk. 9918
Herold, Rud. Haymstr. 26 pt.

Schwarm ganzen Leibemit
Flechten
behaftet, welche mich durch das ewige Jucken Tag u. Nacht peinigten In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Serg. M." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Geschäftseröffnung.

Einem verehrten Publikum und meiner geschätzten Nachbarschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich am heutigen Tage, das von der Firma R. Rein, Halle a. S., **Königsberg 5** geführte

⚒ Kohlen-Geschäft ⚒

übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, meiner Kundschaft nur Ia Brennmaterial bei billigster Preisberechnung zu liefern und bitte ich, das bisher meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen.

Für Selbstabholer stehen kleine 5- und 10-Zentner-Wagen zur Verfügung.

9986 Hochachtungsvoll
A. Loose

Wiederverkäufer
Die gute und billige Bezugsquelle für
Kurzwaren
Schnürsenkel ∴ Schuhcrem ∴ Fliegenfänger
sowie alle anderen Artikel
Spielwaren
ist
Paul Lange, Großhandlung, Halle
Merseburger Strasse 168 neben C.-T.-Lichtspiele,
Nähe Riebeckplatz (v. Bahndurchgang Thielenstr. 1 Min.).

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit meinem Einverständnis das auf Goldmark und Dollar lautende **wertbeständige**

Notgeld der Deutschen Reichsbahn

mit den Ausgabedaten vom 23. Oktober 1923 und vom 7. November 1923 mit Wirkung vom 15. September 1924 und einer Einlösungsfrist bis einschl. 15. Oktober 1924 **aufgerufen.**

Der Umtausch gegen andere Zahlmittel erfolgt innerhalb dieser Zeit bei allen Eisenbahnkassen.

Nach dem 15. Oktober eingehende Einlösungsanträge müssen grundsätzlich abgelehnt werden.

Berlin, den 9. September 1924.

Der Reichsverkehrsminister
J. V.: gez. Kumbier.

Modernes Theater
Bes.: Dir. Bruno Bernhardt Dir.: Willi Schur
Täglich abends 8.10 Uhr
Yoshiwara, das Haus der Laster
Ein Spiel in 3 Verwandlungen von H. Bachwitz. Musik v. W. Wembenny
Als Gast Maria Monica von den Rotter-bühnen Berlin
In den weiteren Hauptrollen:
Willi Schur Rich. Erlecke
Für Jugendliche verboten!

Kramers Konzerthaus
Die beliebte Stimmungskapelle

Unserm alten Freunde
Karl Wernicke u. Frau
Cansteinstraße
die herzl. Glückwünsche zur Silberhochzeit
von seinen Freunden und Parteigenossen. 9911

PELZE

Echt Skunks	98,—
Zobelfuchs	132,—
Biberette	31,—
Schakal	28,—
Silberwallaby.	43,—
Griesfuchs	31,—
Fellvorlagen	6,50

Beachten Sie unser Fenster.
Magazin zum Pfau
Kleinschmieden 6. Ecke Gr. Steinstr.
9914

Textbücher
zu den Aufführungen im
Stadttheater
halten wir stets vorrätig
Volksblatt-Buchhandlung,
Grosse Ulrichstrasse 27.

Ofenrohre
und **Knien** in allen Dimensionen stets am Lager, oder kurzfristig lieferbar. Sowie **Instandsetzen** aller eisernen Oefen und Herde in kurzer Zeit und sachgemäß. Ersatzteile. **Kleine Sparherde wieder vorrätig. August Domke,** Taubenstr. 9 Werkstatt für alle Blecharbeiten. 9878

Sohlenleder - Ausschnitt
große Auswahl 9834
Lederhandlung Neunhäuser 5

Treibriemenstücke
gebr., groß Posten eingetroffen, zu versch Zwecken geeignet, verk. preiswert 9983
J. Sternlicht, Alter Markt 11, Gold. Kette.

Oeffentlicher Vortrag.

Ueber die **Wohlmuth-Heilweise** mit dem **elektro-galvanischen Schwachstrom** spricht am

18. September 1924

im Saale des **„Hauses der Landwirte"** und am

19. September 1924

im kleinen Saale des **„St. Nikolaus"** Herr Generalarzt a. D. **Dr. med. Lauff** aus Berlin.

Für Kranke und Gesunde ein gleich wichtiger wie belehrender Vortrag.

Eintritt frei. Beginn 8 Uhr.

Wohlmuth-Institut
Moritzzwinger 2.

Gummi-Mäntel
für Herren und Damen auf
Kredit!
Große Auswahl :: Kleine Anzahlung
Wochenrate von 1,— an
Paul Sommer
Halle a. S. :: Leipziger Straße 14, 1 Treppe

Achtung! Ausschneiden!
Behördl. Genehmigung liegt vor.
Preis-Ausschreiben!

1 neuer eleganter Kutschwagen
1 Motorrad, 2½ PS.
2 neue Herrenfahrräder
2 neue Nähmaschinen
6 neue Zentrifugen
5 neue Schwungpflüge
2 neue Saateggen
10 Kartoffelquetschen
10 Fahrraddecken
10 Fahrradschläuche
sow. Trostpreise in ferneren Fahrraddecken und -Schläuchen.

Preise im Gesamtwert v. RM. 10 000

Preisaufgabe!
Nachstehende Wörter: **nnamrreh dnu luak nreteil trewsierp,**
ergeben welchen Reklamesatz?

Bedingungen:

1. Der Lösung sind die genaue Adresse des Einsenders sowie eine 10-Pfennigmarke beizufügen Außerdem hat jeder Einsender Mk. 2,— in bar beizulegen, wofür derselbe ein Taschenmesser sofort gratis und spesenfrei zugesandt erhält. Die Einsendung hat an den unterzeichneten **Vertreter** der Firma **Herrmann & Kaul, Prestewitz,** zu erfolgen.
2. Die Frist für die Einsendung endet mit 31. Oktober 1924.
3. Die richtigen Lösungen werden mit einer laufenden Nummer versehen. Die obigen Preise, die bei der Firma Herrmann & Kaul ausgestellt sind, werden sodann unter notarieller Kontrolle ausgelost. 9984

Paul Herrmann, Prestewitz (Kr. Liebenwerda)

Speisekartoffeln 9854
aus Sandboden, Einkellerware, liefert ab Mitte ds. Mts. täglich waggon- u zentnerweise nur bei vorheriger Bestellung
E. A. Engelhardt, Halle a. S.
Fernspr. 1416 Liebenauer Straße 180

Großes Lager in Särgen aller Art.
Uebernahme von Ueberführungen
Beerdigungen und Einäscherungen
Eisleber 1557
Beerdigungs-Institut
e. G. m. b. H. in Eisleben
Hauptgeschäft: Freistr. 8 - Tel. 628

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung, betr. die Ausschreibung eines Antrags des Schmiedemeisters und Wagenbauers Johannes Schoene auf Genehmigung der Anlegung bzw. der Weiterbenutzung eines Blattfederhammers im Grundstück Lindenstraße 49, zur Einsicht und evtl. Anbringung von Einwendungen.

Halle, den 13. September 1924.

9909 **Der Stadtausschuß des Stadtkreises Halle.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409171-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. September.

Parteinachrichten.

Konstituierung der Preßkommission.

Die Preßkommission hat sich konstituiert und folgende Genossen sind in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Alfred Deininger, 2. Vorsitzender Paul Täumel, Schriftführer Walter Oehlschläger.

Alle die Preßkommission angehenden Beschwerden und Zuschriften sind an die Adresse des 1. Vorsitzenden, Genossen Alfred Deininger, Harz 42—44 (Zentralverband der Angestellten), zu richten.

Achtung! Funktionäre des 5. Ortsbezirks!

Am Donnerstag, dem 18. September, abends 8 Uhr, findet eine Vorstandssitzung in der „Robert-Franz-Halle" (Ecke Robert-Franz-Straße und Anferstraße) statt. Wichtige Tagesordnung.

Der Bezirksführer.

6. Ortsbezirk.

Der 6. Ortsbezirk hält am Donnerstag, dem 18. September, 8 Uhr abends, im Lokal „Anders" (Alter Markt) eine wichtige Mitgliederversammlung ab. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen, da wichtige Fragen zu erledigen sind.

Der Vorstand.

Hannover und Halle.

Es ist empfehlenswert, jemandem, der etwas zu uns sagt, nicht nur zuzuhören, sondern auch dabei sein Gesicht zu studieren. Das kann man sowohl auf den einzelnen als auch auf Organisationen anwenden. Nun fügt es sich in diesen Tagen, daß gleich drei Vereinigungen auf einmal über denselben Gegenstand mit uns verhandeln. Das sind: die „Arbeiterwohlfahrt", die „Innere Mission" und die „Internationale Arbeiterhilfe". Erstere tagte bis zum 15. September in Hannover, die andere Anfang dieser Woche in Halle, und die dritte veranstaltet hier zurzeit eine Kinderhilfswoche.

Was für ein Gesicht haben nun diese drei? Wer der Reichskonferenz in Hannover beigewohnt hat, dem ist sofort die starke Beteiligung der Frauenwelt aufgefallen. Bureau und Versammlung wurden von ihr beherrscht, Referenten- und Aussprachesitze beachtenswert besetzt. Charakteristisch für alle Teilnehmer aber war, daß sich sehr wenige Vertreter der älteren Generation darunter zeigten. Ganz anders stellte sich die Provinzialtagung der Inneren Mission dar. Hier leiteten und redeten nur Männer, und die Zahl der zuhörenden Frauen war verhältnismäßig gering. Dem Alter nach aber waren Grau- und Weißköpfe, wenn nicht Glatzenträger, die Herrscher. Das Gesicht der IAH., das ja weniger in Form einer Tagung auftritt, kann nur der deuten, der mit dem Wesen dieser Organisation vertraut ist. Hier ist Wohlfahrt nur Hülle und Parteipropaganda Kern. Deshalb kriegt alles Tun da, wo die Parteipropaganda zurücktreten muß, etwas Unehrliches. So ist das mit der Sammelwoche. Man hat sich die städtischen Büchsen geliehen, neutralen Text daraufgeklebt, jedem Sammler einen bescheidenen Büschel Kunstblumen in die Hand gedrückt und das Sowjetzeichen, sogar das sonst so prahlige rote Bändchen daheimgelassen. Freilich in den Betrieben, in denen die Bolschewisten noch das Feld beherrschen, da wird auf Hammer und Sichel gepocht und jeder Andersdenkende zur „Wohltätigkeit" gebeten.

Und wenn man sich so mit dem Gesicht seines Gegenübers beschäftigt, bekommen die Worte, die auf uns eindringen, einen ganz anderen Klang. Von „Not" und von „Hilfe" reden alle drei, aber es ist deutlich herauszuhören, bei wem das Herz mitschwingt. Jung, frisch geht die Arbeiterwohlfahrt an die Probleme heran. Die Sozialdemokratische Partei, aus deren Schoße sie geboren ist, hat es übernommen, die Verantwortung für all die Lasten zu tragen, die der Friedensvertrag und alle anderen Abmachungen dem deutschen Volke auferlegen. Sie führt darum die Pflicht, überall und so wirksam wie möglich den Volksgenossen beizuspringen, der der Hilfe bedarf. Sie hat nicht die geringste Absicht, dieses Hilfswerk nur auf Parteiangehörige zu beschränken oder den bürgerlichen und konfessionellen Organisationen das Feld allein zu überlassen. Wie ein religiöses Gelübde klangen darum die Worte des holländischen Genossen Droop, daß die Hilfsbereitschaft der Sozialisten nichts weiter sei, als der unerschütterliche Glaube an den endlichen Sieg der sozialistischen Idee. Den Behörden aber gab Landeshauptmann Caspari manche Pille zu schlucken.

Ganz anders die Innere Mission. Sie ist alt auch in ihrem Werke. Mit geradezu kindlicher Aengstlichkeit versucht man aus den anwesenden Vertretern der Fürsorgebehörden Vorschläge und Winke für die gebotene Zusammenarbeit zwischen freier und behördlicher Wohlfahrt herauszuholen. Und bei aller Modernität einzelner Führer findet sich immer wieder das Muckertum. Die ledige Mutter, die nicht nach Nonnenregeln lebende Kriegerwitwe erregen stets neuen Zorn. Will man aber Worte finden, die zum Herzen zielen, dann sieht man 1. Korinther 13 vor. Das eigene Herz erwärmt sich mühsam an dem eines Paulus.

Die Kinder, die die IAH. hinausschickt, gehen verloren durch das im ganzen teilnahmslose Publikum. Es ist, als ob sie fühlten, daß der in der Kindergruppe gepredigte „Haß den Reichen" sich nicht mit diesem Bettel reimt.

Hallische Bevölkerungsstatistik.

Halles Einwohnerzahl hat am 1. September 1924 195 420 Personen betragen oder 651 Personen mehr als ein Jahr vorher. Im Laufe dieser 12 Monate sind diese 651 Personen nicht gleichmäßig zugewachsen durch Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn, sondern in einzelnen Monaten haben Gewinne aus dem Geburtenüberschuß, in anderen Gewinne aus der Wanderungsbewegung, in wieder anderen aber Verluste aus allen diesen Bevölkerungsvorgängen stattgefunden.

In den letzten drei Monaten sind im einzelnen registriert worden:

	Lebendgeburten	Sterbefälle ohne Totgeburten	Geburtenüberschuß
Juni 1924	300	223	77
Juli 1924	280	240	40
August 1924	322	256	66

Es hat also jeweils einen beachtenswerten Geburtenüberschuß gegeben. Für die Wanderungen dagegen lauten die beiden Abgleichszahlen.

	Zugezogene	Fortgezogene	Wanderungsdifferenz
Juni 1924	1376	1523	— 147
Juli 1924	1297	1617	— 320
August 1924	1491	1549	— 58

Danach hat Halle in den letzten Monaten regelmäßig Wanderungsverluste gehabt, die in den Vormonaten durch den Geburtenüberschuß bei weitem nicht ausgeglichen worden sind.

Wenn trotzdem im Vergleich zum Vorjahre ein bescheidener Zuwachs festzustellen ist, so erklärt er sich aus den kleinen Gewinnen zu Anfang 1924, wo wir mehrere Monate lang einen Zuwachs zu verzeichnen hatten. Die damaligen — verhältnismäßig guten — Aussichten auf dem Arbeitsmarkt haben sich längere Zeit bewährt, haben aber nicht, wie vor dem Kriege sonst regelmäßig das Frühjahr, überdauert und den Sommer durchgehalten.

Das Pferd wird ausgewechselt.

Die „Republik", die von dem KPD.-Hospitanten Karl Kürbs herausgegeben wird, scheint ihre Zugkraft eingebüßt zu haben. Infolgedessen hat man sich in der Lerchenfeldstraße entschlossen, dem Kinde ab 1. Oktober zwecks besseren Fortkommens einen weniger verfänglichen Namen zu geben. „Mittelteutsches Echo" soll sein Name sein und schon an der Wiege den Ruhm haben, die „Tageszeitung für die werktätige Bevölkerung" zu sein, die in entschieden (sowjet-) republikanischem Sinne kämpfen wird. Oder sollte vielleicht der neue Name dazu dienen, durch seinen neutralen Titel eine Reihe von bürgerlichen Abonnenten zu werben? Das wäre zum mindesten eine gut-bürgerliche Spekulation. Natürlich wird der USAPD.-Mann Kürbs wieder als Herausgeber und wahrscheinlich auch als Redakteur fungieren, sicher als Dank für seine Verdienste um die KPD.

Gasthäuser oder Schankstätten?

Gegen die übermäßige Zunahme der Schankstätten wendet sich ein Artikel von Medizinalrat Prof. Dr. Abderhalden (Halle). Die wissenschaftliche Arbeit Abderhaldens und der Mut, mit dem er sich während des Krieges den von Amts wegen kommandierten Lobeshymnen auf die Kriegsernährung entgegensetzte, zwingen zur Beachtung seiner Worte. Abderhalden geht von der Tatsache aus, daß wir viel zu viel Wirtschaften haben, daß die Ernährung der Gäste in den Hintergrund getreten ist und das Wesentliche der Ausschank alkoholischer Getränke wurde. Um dem entgegenzuwirken, schlägt Abderhalden vor: Erstens, daß nicht das Alkoholkapital oder der einzelne Gastwirt die Entscheidung über die Einrichtung einer neuen Schankstätte haben soll, sondern daß alle diejenigen, für die die neue Wirtschaft berechnet ist, darüber abstimmen sollen.

In der Praxis leichter durchführbar wird der zweite Vorschlag sein, daß jeder Inhaber einer Gastwirtschaft verpflichtet wird, gute, alkoholfreie Getränke zu billigen Preisen zu halten und das in seinem Lokal bekanntzugeben. Der moralische Zwang zum Alkoholgenuß muß gebrochen werden. Eine Erhöhung der Essenspreise bei Nichtbeistellung von Getränken darf nicht erfolgen. Drittens soll die Abgabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 18 Jahren verboten werden. Uebertretungen sind mit aller Schärfe zu ahnden. Viertens ist dem Vertrieb alkoholfreier Getränke auf Bahnhöfen mehr Beachtung zu schenken. Die Preise für die häufig sehr minderwertigen Früchte und den mangelhaft zubereiteten Kaffee sind in der Regel zu hoch. Regelmäßige amtliche Kontrollen hätten stattzufinden. Außerdem fordert Abderhalden, daß staatliche und städtische Einrichtungen unter keinen Umständen zu Reklamezwecken für alkoholische Getränke, Tabak usw. hergegeben werden.

Die Schaffung alkoholfreier Wirtschaften in der Schweiz hat in vieler Hinsicht Wunder gewirkt. Jedermann kann für wenig Geld gut zubereitete Mahlzeiten ohne jeden Trinkzwang erhalten. Das hatte zur Folge, daß die Wirtschaften, die Alkohol führten, sofort bekanntgaben, daß sie tadelnsige alkoholfreie Getränke führen.

Diese Vorschläge Abderhaldens sind beachtenswert, jedoch nur insofern, als sie dem Alkoholgegner Gelegenheit geben sollen, sich ebenfalls überall erfrischen zu können. Dagegen können wir die Forderungen, die auf eine direkte Bekämpfung des Alkohol- und Nikotingenusses hinauslaufen, nicht unterstützen. Die Beispiele anderer Länder, wo dies geschieht, zeigen, daß damit nichts erreicht wird. Die Schäden übermäßigen Alkohol- und Nikotingenusses aufzuzeigen, muß im Wege der Aufklärung erfolgen.

Nicht „Tristan und Isolde", sondern „Undine". Entgegen unserer Mitteilung im Feuilleton wird Donnerstag abend nicht „Tristan und Isolde", sondern „Undine" von Lortzing infolge Erkrankung von Dr. Bolz (Berlin) aufgeführt. Die Vorstellung beginnt 7½ Uhr.

* **Sämtliche Kriegsopferorganisationen** berufen zu Freitag abend eine große öffentliche Protestkundgebung gegen die Auflösung der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge nach dem „Winteraarten" ein. Alles Nähere ist aus dem Inserat der heutigen Nummer ersichtlich.

* **Kein fester Termin des Osterfestes.** Die Frage der Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Tag — vorgeschlagen war der erste Sonntag im April — hatte weite Kreise beschäftigt. Man glaubte, mit einer baldigen günstigen Regelung rechnen zu können. Jedoch verhält sich die Kurie aus historischen und liturgischen Gründen ablehnend. Sie wird sich auch an den weiteren Sitzungen der Völkerbundskommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt, nicht mehr beteiligen. Damit ist die Frage in absehbarer Zeit nicht zu lösen.

* **Rundfunk-Unterhaltung im Eisenbahnzuge.** Die Versuche, die die Eisenbahnverwaltung in gemeinsamer Arbeit mit einigen großen technischen Firmen zum Zwecke der Ausnutzung des Unterhaltungsrundfunks für Reisende unternommen hat, dürfen jetzt als beendet angesehen werden. Zunächst plant man die Anbringung von Radioempfangsapparaten in den Eisenbahnzügen auf der Strecke Berlin—Hannover und Berlin—Hamburg. Die Radioapparate sollen den Reisenden zur Unterhaltung zugänglich gemacht werden, und zwar beabsichtigt man, diese Neuerung zum erstenmal am 1. Oktober zur Einführung zu bringen.

* **Zum Pferde-Rennen.** Infolge der wiederholten Ueberschwemmung seit dem August-Rennen hat es sich als unmöglich erwiesen, die letzten Renntage des Vereins am 21. und 24. September abzuhalten. Der Rennverein hat bei der Behörde den Antrag gestellt, daß die Rennen am 21. September ausfallen und vom 24. September auf Sonnabend, den 27. September, verschoben werden. Die Gerüchte von einer Verlegung der Rennen nach Leipzig entbehren jeder Begründung.

* **Die Autoraserei** wächst sich trotz aller öffentlichen Mahnungen allmählig zu einem Skandal aus. So konnte man gestern vormittag beobachten, wie ein Kraftwagen in überschneller Geschwindigkeit aus der Dryandersstraße in die Turmstraße zu biegen suchte. Die dadurch bedingte große Kurve beförderte den Wagen prompt vor einen Motorradfahrer, der herabgeschleudert wurde. Das Vorderrad des Motorrades wurde vollständig zerstört, während am Kraftwagen die Schutzscheibe zerplitterte. Nur durch einen Zufall ist der Zusammenprall so günstig abgelaufen.

* **Radfahrerunfall.** Am gestrigen nachmittag kam ein Arbeiter mit seinem Fahrrade infolge Gabelbruches zu Fall, wobei er sich leichte Verletzungen im Gesicht zuzog.

* **Von Krämpfen befallen.** Gestern abend wurde auf dem Marktplatz in einem Straßenbahnwagen ein Bankbeamter von Krämpfen befallen. Er wurde nach der Polizeiwache im Roten Turm gebracht, von wo er nach seiner Erholung den Heimweg antrat.

Ammendorf. Freie Volksbühne. Nachdem sich ein größerer Kreis von Personen aus allen Schichten der Ammendorfer Bevölkerung der Volksbühnenbewegung angeschlossen hat, findet nunmehr das erste Gastspiel des Mitteldeutschen Landestheaters am Sonnabend, dem 20. September, abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Goldenen Adler" statt. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Der eingebildete Kranke" von Molière. Der Vertrieb der Eintrittskarten für Mitglieder und Interessierte geschieht durch die Buchhandlung J. Kopp, Hallische Straße. Der Eintrittspreis beträgt für Mitglieder 1 Mark, und für Nichtmitglieder 1.40 Mark einschließlich Garderobe.

Lettin. Plötzlicher Tod. Am Sonntagvormittag wurde der Knopfbesitzer Caspari, Inhaber der Hanns-Lichtspiele in Halle, gr. Ulrichstraße, auf der Schweinziger Landstraße von einem Schlaganfall betroffen. Der eingetretene Tod hinderte ihn so an der Fortsetzung der Fahrt, die er mit einem Motorrad unternommen hatte.

Aus der Provinz.

Aufklärung tut not!

Die Bolschewisten überschütten Stadt und Land mit Flugblättern, reden und gestikulieren, um ihren Arbeiterverrat, den sie durch ihr Verhalten im Reichstag zum Normalzustand erhoben haben, zu verteidigen. Sie, die sich nach der Annahme des Sachverständigengutachtens in geisteigerter Hysterie produzierten, waren im Grunde beitroh, daß es mit der Reichstagsauflösung nichts geworden ist. Der Anhang unter den Arbeitern ist im Schwinden begriffen. Die Partei befindet sich in einem inneren Zersetzungsprozeß. Nur zu genau wissen sie, daß es nach einer Reichstagsauflösung vorbei ist mit der Herrlichkeit, die heute durch einige 60 Reichstagsmandate verkörpert wird. Darum schlägt man jetzt die Werbetrommel, darum überschwemmt man das Land mit Flugblättern. (Wie diese in der Masse aufgenommen werden, dafür ist bester Beweis die Unzahl der Uebersendungen an uns immer mit dem Ersuchen, diese Versuche der Mohrenwäsche zu kennzeichnen.)

Wie gesagt, überall Rechtfertigungsschriften. Ueberall wird die eigene Schwäche, die eigene Ueberflüssigkeit durch Geschrei, durch Getöse, durch Phrasenschwall und leere Gesten übertönt! Vergebens! Das Verhängnis ist nur vertagt worden. Der Ruf „Das Dawes-Gutachten verschärft die Arbeitslosigkeit" gellt durch die Lande. Gewiß, das Gutachten bringt kein Paradies. Harte Kämpfe, harte Arbeit wird es ergeben. Noch nie ist aber der Kampf der Arbeiterklasse mit dem Mauf entschieden worden. Zielsicherheit, überlegendes Handeln ist die Richtschnur der Sozialdemokratie. Dieses und die Einsicht in die realpolitischen Möglichkeiten heißen uns hoffen, auch auf eine — wenn auch langsam — fortschreitende wirtschaftliche Gesundung. Das aber ist der Todfeind der Bolschewisten! Nur in wirtschaftlicher Depression, nur auf unerhörtester wirtschaftlicher und sozialer Not gedeiht die bolschewistische Bewegung. Ohne Illusionen sagen wir daher: **Die durch das Dawes-Gutachten angebahnte Entwicklung wird zum Scheiterhaufen für die deutsche Sektion der 3. Internationale.** Das ist auch der tiefere Grund des bolschewistischen Geschreies! Sie rufen nach „Ruhe der Arbeiterklasse, Ruhe der Welt", nach besseren Arbeitsbedingungen und so weiter, und wollen das Chaos, den Zusammenbruch. Es ist an der Zeit, nicht zu rasten und zu ruhen in der Aufklärungsarbeit. Die Stunde ist da, alle Macht der Arbeiterschaft zusammenzuschweißen in der freien Gewerkschaftsbewegung und in der Sozialdemokratie! Frisch auf!

Personenkampf statt Klassenkampf.

Wir haben kürzlich an dieser Stelle kurz angedeutet, daß der „Klassenkampf" in seiner Sucht, an sichtbarer Stelle stehende Sozialdemokraten in den Schmutz zu treten, auch den Genossen Bergemann, jetzigen Regierungspräsidenten in Düsseldorf, nicht verschont hat. Ihm wurde nachgesagt, daß er in Düsseldorf bei seinem Antritt an einem Saufgelage teilgenommen habe, wobei hinzukommende Erwerbslose mitbandelt worden seien. Ferner wurde vom „Klassenkampf" behauptet, daß Bergemann schon in Halle gern an Zechgelagen teilgenommen und eifriger Besucher bestimmter Weinbielen gewesen sei.

Genosse Bergemann bittet uns nun, die nachstehenden Zeilen von ihm im „Volksblatt" aufzunehmen. Er schreibt: „Zu der sensationellen Nachricht des „Klassenkampf" über eine Antrittsfeier in Düsseldorf lege ich Wert auf folgende Feststellungen. Es hat für mich keine Antrittsfeier stattgefunden. Ein im Düsseldorfer Volkshaus übender Gesangverein benutzte ein Zusammensein mit einigen mir bekannten Genossen, mich mit einem Liede willkommen zu heißen. Danach blieben dann noch einige Sänger mit uns beisammen. Dabei wurden einige Lieder gesungen und von einem Genossen durch humorvolle Vorträge zur Unterhaltung beigetragen. Alles dies spielte sich im öffentlichen Lokal ab. Anzapfungen von einigen mir unbekannten Personen wurden von unseren Genossen mit Ruhe und Würde zurückgewiesen. Es ist dabei weder zu einer Schlägerei gekommen, noch hat die Polizei dabei mitgewirkt. Die Teilnehmer gingen vielmehr in aller Harmonie auseinander.

Hinzufügen muß ich daß auch in Halle für mich keine Abschiedsfeier stattgefunden hat. Weder im Gewerkschaftshaus, noch in einem anderen Lokal. Das ist schon aus dem Grunde nicht möglich, weil es sich doch in Düsseldorf vorläufig nur um eine Vertretung handelt. Die Schlußfolgerungen des „Klassenkampf" sind sonach hinfällig. Wenn ich gelegentlich mal mit Freunden zusammensitze, so geht es dabei auch nicht anders zu, als es bei dem schon häufigen Zusammensein mit „Klassenkampf"-Genossen der Fall war. Nur bin ich — ohne dabei gegen das Lokal etwas sagen zu wollen — in Horns Diele in meinem ganzen Leben noch nicht gewesen.

Bergemann".

Aus diesem Schreiben des Genossen Bergemann geht hervor, daß es sich auch hier wieder um den vom „Klassenkampf" beliebten Exportschwindel handelt. Unserer Aufforderung, die in Oberschlesien angeblich von der SPD. zur KPD. übergetretenen 21 Ortsgruppen zu nennen, ist der „Klassenkampf" bis zum heutigen Tage ja auch noch nicht nachgekommen.

Genosse Bergemann hat uns ferner mitgeteilt, daß die Nichtbestätigung des Genossen Janke zum Magistratsmitglied in Landsberg darauf zurückzuführen ist, daß der Landsberger Bürgermeister der Regierung in Merseburg mitgeteilt hat, J. sei von den Kommunisten vorgeschlagen, ohne daß dabei erwähnt wurde, daß J. selbst nicht Kommunist ist. Da laut Verfügung der preußischen Regierung allen Kommunisten die betr. Erklärung abverlangt werden muß, sei diese auch von J. verlangt worden. Da er sie ablehnte — (weil er Sozialdemokrat und nicht Kommunist war. D. Red.), — konnte seine Bestätigung nicht erfolgen. Nachdem die Regierung jetzt besser unterrichtet ist, stehe der Bestätigung nichts mehr im Wege.

Wir hatten also recht mit unserer Vermutung, daß die Nichtbestätigung auf den Bürgermeister in Landsberg zurückzuführen ist. Auch in diesem Falle ist also Genosse Bergemann vom „Klassenkampf" zu Unrecht angegriffen worden.

Unterstützung französischer Chauvinisten.

Bad Liebenwerda, den 14. September 1924.

Das „Kreisblatt" veröffentlichte vor einigen Tagen das „Eingesandt" eines K. N. aus Falkenberg über eine Kriegsspiel-Uebung des Falkenberger Stahlhelm und Werwolf, welches zu den vielen schon gelieferten Beweisen dieser „deutschen" Verbände für die geradezu verbrecherische Absicht unaufhörlicher Lieferung von Hetzmaterial für die französischen Nationalisten gegen Deutschland einen neuen hinzufügt. Der Mangel an politischem Instinkt und Gefühl für die außenpolitischen Erfordernisse bei unseren „Patrioten" ist für unser Volk einfach unerträglich geworden. Es wäre endlich die unaufschiebbare Aufgabe einer Reichsregierung, im Interesse ihrer außenpolitischen Befreiungspolitik der fortwährenden Sabotage dieser Befreiung durch die sogenannten „vaterländischen" Verbände ein energisches Ende zu bereiten. Die Kriegsspielerei dieser Leute ist natürlich für ernsthafte Deutsche der Ausdruck kindischer Albernheit, ihre Wirkung nach außen aber verhängnisvoll. Wenn diese Leute sich der Einbildung hingeben, daß diese Dinge dem „Feinde die Ueberzeugung beibringen sollen, daß in Deutschland noch Mannesmut und Ehre lebt", so ist das eine an Größenwahnsinn grenzende Auffassung von dem Wert ihres kindischen Tuns, über die sich unter ernstzunehmenden Menschen schlechterdings nicht diskutieren läßt. Das Einzige, was positiv für das deutsche Volk aus diesen Spielereien folgt, sind neues Mißtrauen auf der Gegenseite, neue Militärkontrollen, neue Erschwerungen seiner Lage und neue Vertiefungen der Gegensätze im Volke selbst. Daß diese Tatsachen den „nationalen" Köpfen einfach nicht einleuchten wollen, ist bezeichnend für ihre bornierte Auffassung, schwierige politische Probleme, die ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240917 1-11/fragment/page=0005

großes Maß von psychologischem Feingefühl zu ihrer Behandlung erfordern, mit militärischen Drohungen, hinter denen außer verantwortungsloser Großsprecherei **nichts** steht, meistern zu können.

Es wäre für den sich anbahnenden politischen Gesundungsprozeß in unserem Volke eine verdienstvolle Förderung, wenn einmal eine Rechnung darüber aufgemacht würde, in welchem Maße unsere „vaterländischen" Verbände durch ihre „nationale" Politik dem Vaterland und der Nation bei den Bemühungen, mit den früheren Kriegsgegnern zu erträglichen Vereinbarungen zu gelangen, geschadet haben. Es würde eine grauenhafte Statistik gewollter und ungewollter landesverräterischer Absichten werden, die allen Deutschen, soweit sie nicht einer unheilbaren politischen Verblendung verfallen sind, die Augen öffnen dürfte. „Stahlhelm" und „Werwolf" können den zweifelhaften Anspruch darauf erheben, in dieser Statistik nicht an letzter Stelle stehen zu dürfen.

Merseburg. Ortsausschuß des ADGB. Den Kartelldelegierten und Gewerkschaftsvorständen zur Kenntnis, daß die Abzeichen des Antikriegstages vom IGB. eingetroffen sind und zum Vertrieb in Empfang genommen werden können. Die Abzeichen sind im Bureau des Landarbeiter-Verbandes beim Genossen Wenscheck abzuholen, ebenso die vorhandenen Gewerkschaftszeitungen.

Schkeuditz. Betriebsunfall. Beim Bedienen der Transmission wurde hier im Betriebe C. Kupke der Arbeiter Nitzschke von dieser erfaßt und zu Boden geschleudert. Obwohl äußere Verletzungen nicht festgestellt werden konnten, wurde er sofort dem „Bergmannstrost" zugeführt.

Bad Kösen. Verhütung eines Eisenbahnunglücks. An einer Eisenbahnschranke in Bad Kösen war das 120 Zentner schwere Lastauto der Engelhardt-Brauerei, von Eckartsberga herkommend, an der Schranke eingefahren. Es hatte die Kurve nicht richtig genommen, so daß die Schranke umgefahren war, zwischen die Räder geriet und so die Weiterfahrt hinderte. Der D-Zug Berlin—Frankfurt brauste in diesem Augenblick heran. Zum Glück wurde noch rechtzeitig durch rotes Signallicht die Einfahrt des Zuges gesperrt, und dem Lokomotivführer gelang es, knapp zwei Meter vor dem mit Fässern und Flaschen gefüllten Lastauto den Zug zum Stehen zu bringen.

Sangerhausen. Festnahme zweier Schwerverbrecher. Es ist der hiesigen Polizei gelungen, zwei Schwerverbrecher zu verhaften. Ein Beamter hielt nachts zwei Radfahrer an, anscheinend waren es Polen. Bei dieser Verhaftung stellte sich heraus, daß beide schwer bewaffnet waren. Sie führten Pistolen mit sich; der eine hatte 82 und der andere 28 Patronen. Sie versuchten, sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen und hielten erst, als der Beamte mit Schießen drohte.

Delitzsch. Zur Bannerweihe am 20. und 21. September wird schon eifrig gerüstet. Eine Reihe von Festausschüssen steckt tief in der Arbeit. Hoffentlich wird die Beteiligung auch von auswärts recht gut, damit wir den Delitzschern zeigen können, daß nicht nur Monarchisten und Kommunisten in Deutschland zu finden sind. Da es dem Vorstand nicht möglich war, alle die in letzter Zeit gegründeten Ortsgruppen des Reichsbanners persönlich einzuladen, sei dies hierdurch geschehen. Besonders die in der Nähe Delitzschs gelegenen Ortsgruppen werden um ihr Erscheinen gebeten. Gleichfalls bitten wir dann um Mitteilung an Kamerad Max Knoll, Bismarckstraße (bei Bültemann).

Zschornewitz. Der „teutsche" Tag von Zschornewitz. Am vergangenem Sonntag ist er gewesen. Das Häufchen Unglück, das hier zusammengekommen war, zeigte richtig die Verfassung, in der die sogenannten unpolitischen Kriegervereine sich befinden. Der Krieger- und Landwehrverein zu Zschornewitz hielt seine Fahnenweihe ab. Die Honoratioren unserer Gemeinde hatten sich zusammengefunden, um zu erklären, daß sie zu Schutz und Trutz zusammenständen unter Schwarz-Weiß-Rot. Die Kokarde wies es ja übrigens noch aus. Der Führer ist hier der Herr Dr. Schlueter, der es aber nicht verschmäht, das Geld zu nehmen, das Arbeiter, Angestellte und Beamte durch die Krankenkassen ihm hintragen. Die Arbeiterschaft wird sich diese Leutchen genau ansehen müssen und auch die Folgerungen daraus ziehen. Der Herr Pastor Schenke hielt zur Weihe der Fahne selbst eine schleimige Rede, sie bedeutete eine Kampfansage an die werktätige Bevölkerung, denn nach seiner Ansicht ist nur der ein richtiger Deutscher, der nicht über die Landesgrenze hinaussieht und auch nicht hinaussehen darf. Große Krokodilstränen werden dem verlorengegangenen Kleinod, gemeint war die schnickige preußisch-deutsche Militärmacht von Anno Tobak, nachgeweint. Der sattsam bekannte Kronjurist, der Stahlhelmer Justizrat Dr. Kleinau (Bitterfeld), der doch auch seinen Eid auf die Verfassung abgegeben hat, ließ dann auch seinen schwarzweißroten Kriegervereinsschmuß steigen. Man konnte daraus erkennen, was für Salamander in den Probierstuben der Kriegervereine gerieben werden. Den Höhepunkt des Tages bildete natürlich ein preußisch-strammer Parademarsch. Es fiel dabei auf, daß die Offiziere der hiesigen Schupo vor den schwarzweißroten Fahnen salutierten! Der republikanische Polizeioffizier, von der Republik bezahlt! erwies den Gegnern der Republik Reverenz! Wenn das in einem anderen Staate passierte, würde der Ruf nach dem Irrenhaus nicht ungehört verklingen. Republik, paß auf deine Beamten auf! Am Abend waren dann noch die üblichen Kriegervereinsbilder zu sehen. Für die Brauereien und die Schnapsbrennereien hätte so mancher geistig beschwerte Kriegervereinsheld eine würdige Reklame geben können. Betrunken waren sie bald einmal alle. Ein Zeichen der Zeit! Republikaner, sorgt dafür, daß diesen „Radaudeutschen" der Kamm nicht so sehr schwillt. Schließt euch zusammen, Schulter an Schulter im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" und zeigt denen von Anno Tobak, daß die Republik von den schwarz-weiß-roten Schmutzfinken nicht mehr besudelt werden darf.

Die Wahl des Landeshauptmanns.

38. Landtag der Provinz Sachsen.

Eröffnungssitzung mit Ueberraschungen.

K. **Merseburg**, 16. September.

Seit dem Eintritt des ehemaligen Landeshauptmanns Oeser in die Reichsregierung, also seit mehr als zwei Jahren, entbehrt die Provinzialverwaltung ihres verantwortlichen Leiters. Nachdem die in der Frühjahrstagung vorgenommene Wahl unseres Genossen Landsberg zum Landeshauptmann unbegreiflicherweise nicht die Bestätigung der Staatsregierung gefunden hat, erschien es geboten, das Provinzialparlament zu einer außerordentlichen Sondertagung zu berufen, damit der auf die Dauer unhaltbare Zustand in der Leitung der provinziellen Selbstverwaltungsgeschäfte endlich aus der Welt geschafft werde. Das entsprach übrigens auch dem Willen der Aufsichtsbehörde, die beschleunigte abermalige Wahl wünscht. Entgegen dem Vorgehen im Frühjahr hatte die Rechte des Provinzialausschusses diesmal nichts gegen die beschleunigte Wiederbesetzung des Landeshauptmanns-Postens einzuwenden. Man jammerte nicht über die angeblich hohen Kosten einer solchen Tagung und ließ auch nichts mehr darüber verlauten, daß man die Wahl einem künftigen Landtage, in dem der deutschnationale oder gar völkische Einschlag stärker hervortreten könnte, zuschieben möchte. Um so mehr mußte es überraschen, daß der Bürgerblock, der im Provinzial-Landtage formell nur aus den beiden Rechtsparteien besteht, in die heutige Sitzung mit einem Antrag hineinplatzte, die Wahl des Landeshauptmanns zu vertagen. Dieser plötzliche Vorstoß der beiden Rechtsfraktionen ist um so verwunderlicher, weil ja der volksparteiliche Flügel des Bürgerblocks schon bei der Frühjahrswahl sich für den Demokraten Hübener eingesetzt hatte und auch in der gestrigen Fraktionsbesprechung einmütig beschlossen haben soll, an dieser Kandidatur festzuhalten. Dieser Entschluß wurde auch nicht etwa als Geheimnis gehütet. Wenn man weiter berücksichtigt, daß sich sogar namhafte Persönlichkeiten der deutschnationalen Fraktion, Leute, die einst nur einen Gersdorff als für den zu besetzenden Posten qualifizierten Kandidaten betrachteten, diesmal in aller Offenheit für die Wahl des Demokraten sich ins Zeug legten, dann bleibt nur die Annahme übrig, daß die Herren inzwischen erkannt haben, daß Herr Hübener kein Novemberdemokrat, sondern überzeugter und ehrlicher Republikaner ist. Oder will man dieselben Roßtäuscherkunststückchen ausprobieren, mit denen die Deutschnationalen im Reichstage ihre Mandate und Diäten für eine kurze Zeit gerettet haben?

Von der Haltung der **Kommunisten** wird es abhängen, ob es der Rechten gelingt, das politische Geschäftchen zu machen und die Aussichten für einen künftigen reaktionären Landeshauptmann zu bessern. Wenn auch zurzeit noch nicht feststeht, ob die Moskauer auch im Merseburger Landtagsgebäude die Brücken zur äußersten Rechten hinüberschlagen und sich als ständige Hilfstruppen zur Verfügung stellen werden, so kann doch mit einiger Sicherheit damit gerechnet werden, daß die beiden Extreme sich doch zusammenfinden. Gilt es doch, der verhaßten Demokratie wieder eins zu versetzen. „Wozu brauchen wir überhaupt einen Landeshauptmann? Ging es so lange ohne einen solchen, dann mag auch in Zukunft das viele Geld für einen solchen Kerl gespart werden!" Diese jüngst im hallischen Bolschewistenblättchen verzapfte Weisheit wird auch in der Instruktionsstunde wiederholt worden sein, die zwei Abgesandte Scholems heute vor Beginn der Sitzung den kommunistischen Abgeordneten hielten. Aus dem stupiden Verhalten der Kommunisten in der Eröffnungs-Sitzung war zu schließen, daß ihnen die Verhaltungsmaßregeln im Kampf gegen die Reformisten tatsächlich und gründlich eingebläut worden sind. Klarheit wird die morgige Sitzung bringen, in der die Wahl an erster Stelle steht.

•

Sitzungsbericht.

In Vertretung des leider immer noch erkrankten Oberpräsidenten Genossen Hörsing eröffnete Präsident Dr. Hausmann um 11¼ Uhr namens der Staatsregierung den 38. Landtag der Provinz Sachsen mit folgender Ansprache: Seit der letzten Tagung im April dieses Jahres haben sich die inner- wie außenpolitischen Verhältnisse nicht unwesentlich verändert. Die damals gehegte Hoffnung, daß die Rentenmark stabil bleiben möchte, hat sich erfreulicherweise erfüllt. Allerdings ist diese Stabilisierung der Rentenmark nur möglich gewesen durch eine außerordentliche Kreditbeschränkung der Reichsbank, die ihrerseits wiederum für die Wirtschaft Erschwernisse verursacht hat, die immer größere Betriebseinschränkungen und damit eine ganz außerordentliche Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt haben. Angesichts dieser schweren Notlage, die eine dringende, alsbaldige Milderung erheischte, hat sich **das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit dafür ausgesprochen, daß das Dawes-Gutachten und die Londoner Verhandlungen angenommen werden möchten.** Die ersten Folgen dieser Annahme haben sich bereits insofern in erfreulicher Weise gezeigt, als die Gefängnisse geöffnet wurden und zahlreiche deutsche Männer die Freiheit wiedererlangt haben, daß eine große Anzahl Ausgewiesener in ihre Heimat und an ihre Arbeit zurückkehren konnte, daß nennenswerte besetzte Gebiete geräumt werden, daß die Zoll-Linie aufgehoben worden ist und die Regiebahnen abzubauen beginnen. Hoffen und wünschen wir, daß unsere weiteren Erwartungen, die wir besonders in bezug auf die Belebung unserer Wirtschaft hegen, zum Segen der Allgemeinheit in Erfüllung gehen. Einige zu diesem Zwecke erlassene Anordnungen der Reichsregierung scheinen mir nicht unbeachtliche Anfänge auf diesem Gebiete zu sein. Als im April die Beratungen des 37. Provinziallandtages beendet waren, mußte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß entgegen der Gepflogenheit in diesem Jahre noch eine erneute Tagung erforderlich werden könnte. Diese Möglichkeit ist zur Tatsache geworden, weil das Staatsministerium angesichts des Ergebnisses ihrer verschiedenen Beschlüsse zu der Landeshauptmanns-Wahl es für geboten erachtet hat, daß erneut zur Wahl geschritten werde. Die Hauptaufgabe wird es also diesmal sein, der Provinzialverwaltung das solange fehlende Haupt wiederzugeben. Von den anderen Fragen, mit denen sich der Landtag zu beschäftigen haben wird, verdient wohl besonders die Frage der Unwetterkatastrophen hervorgehoben zu werden. Die ungeheuren Wassermengen, die seit Mitte August niedergegangen sind, haben an den Feldfrüchten auch bei uns vielfach einen außerordentlichen Schaden verursacht und müssen den Ernteausfall sehr ungünstig beeinflussen. Angesichts dieser Verhältnisse wird die Provinzialverwaltung nicht umhin können, eingehend die Frage zu prüfen, ob und inwieweit auch sie für ihren Teil helfend eingreifen will, um den großen Schaden für die Allgemeinheit herabzumindern. Mögen sich, so schloß der Redner, diesmal Ihre Verhandlungen ohne Reibung abspielen und mögen Sie Entscheidungen treffen, die unserer Provinz Sachsen zum Segen gereichen! In diesem Sinne und mit diesem Wunsche erkläre ich für den leider noch immer kranken Herrn Oberpräsidenten (blöder Zuruf des „Kommunisten" Drechsler: „Was fehlt ihm denn?" Allseitige Entrüstung!) namens der preußischen Staatsregierung den 38. Landtag der Provinz Sachsen für eröffnet.

Unter Vorsitz des Alterspräsidenten v. Wilmowsky wurde hierauf auf die bekannte umständliche Art das Landtagspräsidium gebildet. Genosse Beims (Magdeburg) wurde wieder zum Präsidenten gewählt; er erhielt 81 Stimmen gegen 15, die für den Kommunisten Fiedler abgegeben wurden. Mit 62 gegen 34 Stimmen, die auf Fiedler fielen, wurde Dr. Zehle (Magdeburg) zum 2. Präsidenten gewählt. Die Wahl der übrigen Mitglieder des Landtagsvorstandes erfolgte durch Zuruf. Seit der letzten Tagung sind die Abgeordneten Schmidt (Zentr.) und Klotsch (SPD.) verstorben; ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Auch sonst sind in der Zusammensetzung des Hauses eine ganze Reihe von Veränderungen eingetreten. Der größte Wechsel ist naturgemäß in der kommunistischen Fraktion zu verzeichnen. Bei Festsetzung der Tagesordnung für die morgige Sitzung gibt der Vorsitzende bekannt, daß von der sogenannten bürgerlichen Vereinigung ein Antrag eingelaufen sei, **die Wahl des Landeshauptmanns** mit Rücksicht auf die in Kürze in Aussicht stehende Neuwahl des Provinzial-Landtages **zu vertagen.** (Bewegung.) Der Antrag soll zu Beginn der morgigen Sitzung erledigt werden. Nach kaum anderthalbstündiger Dauer hatte damit die Sitzung ihr Ende erreicht.

Hübener zum Landeshauptmann gewählt.

Merseburg, 17. September. (Eig. Drahtmeldung.)

In der heutigen Sitzung des Provinzial-Landtages wurde Geheimer Oberregierungsrat Dr. Hübener (Demokrat) mit 87 Stimmen zum Landeshauptmann gewählt. Auch die Sozialdemokraten stimmten für Hübener, um die Wahl des deutschnationalen Kandidaten zu verhindern. Die Kommunisten gaben ihre Stimme für Wilhelm Koenen ab.

Beschlüsse des Provinzialausschusses.

Gemäß der ihm vom 37. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung beschloß der Provinzialausschuß in seiner am Dienstag vor Landtagsbeginn abgehaltenen Sitzung, als Provinzialabgabe für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 acht Prozent der umlagefähigen Reichseinkommen- und Körperschaftssteuerüberweisungen und 8 Prozent der Realsteuern zu erheben. Weiter wurde die Ausgabe von Schuldverschreibungen bis zu einem Gesamtbetrage von 5 Millionen Goldmark für Zwecke der Sächsischen Provinzialbank genehmigt. Die Gebührensätze für die Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter durch das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt wurden wie folgt festgesetzt: für jeden genehmigten Ausländer 3 Mk., Zuschlag bei verspäteter Gesuchstellung 1 Mk., Beurkundung für Stellenwechsel 1 Mk. Wegen der Errichtung eines Provinzialsiechenhauses, die ein im letzten Landtag angenommener sozialdemokratischer Antrag fordert, wurde beschlossen, den Provinziallandtag zu ersuchen, zunächst von einer Beschlußfassung abzusehen, den Provinzialausschuß vielmehr zu beauftragen, die Angelegenheit zunächst eingehend prüfen zu lassen und dem im Frühjahr 1925 zusammentretenden Provinziallandtag eine Vorlage zu machen, die entweder alle erforderlichen Pläne enthält oder einen etwa ablehnenden Standpunkt eingehend begründet.

Die eiserne Flut.

(Ein Metallarbeiterroman.)

Von **Paul Täumel** (Halle).

1. Teil.

28

(Nachdruck verboten.)

Er war deshalb nicht wenig erstaunt, als sein Bruder eines Tages die Absicht äußerte, bis zur Beendigung dieses Kampfes abzureisen, den Versuch zu machen, in einem anderen Orte Arbeit zu finden.

„Das verstehe ich nicht," sagte er zu Franz, „jetzt wo der Kampf seinen Höhepunkt erreicht hat, wo er in einer, höchstens zwei Wochen entschieden sein wird, jetzt abzureisen, das hieße ja das Interessanteste mit Absicht verpassen wollen. Materielle Gründe können doch für dich nicht maßgebend sein. Denn die paar Mark Verdienst brauchst du doch am allerwenigsten von allen Streikenden und Ausgesperrten.

Als ihm Franz daraufhin seine Beweggründe andeutete, wie dieser Kampf vor allen Dingen Hedwig in einen inneren Zwiespalt brachte zwischen ihrer Liebe zu ihm und dem Kreis, in dem sie bisher ihr Leben zugebracht, wie diese innere Qual des Mädchens, so mutig sie sie auch unterdrückte, doch auch auf ihn, Franz, zurückwirkte, da beantwortete Karl aus der Stimmung heraus, die ihn beherrschte:

„Ich an deiner Stelle würde das Verhältnis zu der Tochter des Obermeisters lösen. Natürlich mit dem nötigen Zartgefühl und der nötigen Schonung. Denn die Zeiten, denen wir entgegengehen, werden zeigen, daß nicht sie, sondern du in unhaltbare Situation, in Qual und Leid kommst. Es gibt doch ein höheres Glück, als mit einem bestimmten Mädchen verheiratet zu sein."

Karl kam zu dieser Antwort, weil für ihn die höchste Lebensbekundung darin zu bestehen schien, daß man jederzeit mitten im geschichtlichen Geschehen sich tätig zeigen sollte. Es würde ein Abschnitt der geschichtlichen Zeitenwende sein, der man mit Sturmesschritten entgegenging. Unnötige Fesseln, die hinderten, daran teilzunehmen, sollte man vermeiden.

Franz wandte sich stillschweigend von seinem Bruder ab. Er vermochte ihm auf diesem Wege nicht mehr zu folgen. —

Am nächsten Tage dachte Karl nicht mehr an dieses Gespräch mit seinem Bruder. Seine Gedanken konzentrierten sich wieder einmal vollständig auf eine Angelegenheit, die für den Umfang der Erfolge im Kampf von erheblicher Bedeutung war.

Bei Streikausbruch war unter anderem auch die Belegschaft eines kleineren Werks mit in den Kampf eingetreten, dessen Besitzer dem Verband der Metallindustriellen nicht angehörte. Neuringh entsann sich, daß der Vertrauensmann, der dort für die Organisation tätig war, einer der aktivsten und aufopferungsvollsten war. Ihm fiel auch wieder das Telephongespräch ein, das er mit ihm geführt hatte, als jener den Streik in seinem Betriebe vorzeitig vom Zaune brechen wollte. Der Inhaber jenes Betriebes hatte nun schon einmal den Versuch gemacht, zu einer Verständigung mit dem Metallarbeiterverband zu kommen. Er hatte eine vorläufige Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 57 Stunden angeboten und einen für die Arbeiter noch vorteilhaften Lohnausgleich in Aussicht gestellt. Weiterhin erklärte er, wenn der allgemeine Kampf später größere Zugeständnisse der anderen Unternehmer ergeben sollte, diese ohne weiteres auch für seinen Betrieb maßgebend sein sollten.

Dieses Angebot des Unternehmers war damals als zu gering abgelehnt worden. Jetzt unternahm Neuringh auf Drängen der Bezirksleitung den Versuch, zu einer Vereinbarung mit jenem Unternehmer zu kommen. Was man diesem Einzelnen abrang, würde richtunggebend nachher bei den allgemeinen Verhandlungen sein. Und diese allgemeinen Verhandlungen sah man kommen. Die noch nicht Ausgesperrten hatten sich überall bereit erklärt, in der kommenden Woche, vom 27. Juli an, gleichfalls die Arbeit niederzulegen, und Neuringh war gewiß, daß dieser Schritt, dieses klare Zeichen, daß die Arbeiter ihrer Organisation folgten, die Industriellen zu Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband bereit machen würde. So sicherte er, während er alle Vorbereitungen getroffen hatte, einen Druck auf den Gegner auszuüben, auch den Abschluß eines Vertrages, der diesen Kampf beenden mußte.

Die Verhandlung mit jenem einzelnen Unternehmer war von ermüdender Länge. Neuringh war schon etwas gewöhnt von seiner früheren Tätigkeit her als Mitglied des Arbeiter-Ausschusses bei Schwarz & Co., was ihm aber diesmal begegnete stellte alles übrige in den Schatten. In den ersten Stunden der gegenseitigen Auseinandersetzung war es nicht möglich gewesen, eine Erweiterung des ursprünglich selbst gemachten Angebots zu erreichen. Zur Begründung seines mangelnden Entgegenkommens zog der Unternehmer einzelne Geschäftsbücher hervor, in die er Einsicht zu nehmen bat, berief sich auf die gespannte internationale Lage, die es beinahe ratsam erscheinen lasse, erst noch einige Tage ins Land gehen zu lassen, ehe er sich zur Stellungnahme entschlösse. Allerdings, von seinem ursprünglichen eigenen Angebot wollte er durchaus nichts zurücknehmern.

Es war inzwischen Nachmittag geworden, ehe er sich bereit erklärte, auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden zurückzugehen und als Entgegenkommen in der Lohnfrage eine weitere Zulage von 2 Pfennig die Stunde zugestand. Das war aber auch das Letzte, was Neuringh und die beiden Unterhändler, Mitglieder der Streikleitung herausholten. Jedes weitere Entgegenkommen lehnte der Unternehmer kategorisch ab. So trennte man sich endlich ermüdet mit der Abrede, die Antwort der Belegschaft, ob Annahme oder Ablehnung, würde am Montag — der Verhandlungstag war am Sonnabend — erfolgen. Neuringh wollte über dieses äußerste Zugeständnis des Unternehmers doch lieber die Ansicht der Bezirksleitung einholen, und die beiden Mitglieder der Streikleitung hielten es nicht für möglich, die Arbeiter des Betriebes vor Montag früh zu einer vollzählig besuchten Versammlung zusammenzubekommen. —

Als Neuringh in den späten Nachmittagsstunden, ohne zu Mittag gegessen zu haben, im Bureau erschien, hatte er nochmals einen Ansturm von Fragen über sich ergehen zu lassen, denn am Montag sollte ja die Niederlegung der Arbeit durch die nicht Ausgesperrten erfolgen. Auch über diesen Schritt würden die letzten Zweifel beseitigt, so daß er mit dem ruhigen Gefühl nach Hause ging, daß nichts mehr den sicheren Erfolg des Kampfes im Laufe der nächsten Woche gefährden könne. Er freute sich schon auf die für Montag nachmittag einberufene zweite öffentliche Metallarbeiterversammlung, die voraussichtlich nun alle am Orte beschäftigten Metallarbeiter umfassen und deshalb nicht unter 5000 Teilnehmer zählen würde. Er durchkostete schon im voraus, fast wie ein Feinschmecker, die ihm bevorstehenden Stunden eines berauschenden Triumphgefühls, mit tausenden Männern seinesgleichen und an ihrer Spitze ungehindert auf ein bestimmtes Ziel zuschreiten zu können. Doch war es auch schön, diesen Stunden nicht in ununterbrochener Angespanntheit entgegenzugehen; es war schön, vorher einige Ruhestunden zu haben. Er war doppelt froh, diesen Abend frei zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621924O9171-11/fragment/page=0006

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 17. September.

Die Bürgerringer an der Arbeit.

Sparmaßnahmen auf Kosten der Beamten und Angestellten. Die Hungerpeitsche für die Erwerbslosen.

Nach mehrwöchiger Ruhe wurde am Montag mit den Arbeiten im Stadtparlament wieder begonnen. Wenn nichts trügt, deuten die Arbeiten der Bürgerringer darauf hin, daß sie ihr Wahlversprechen einlösen wollen. Kollegium und Magistrat werden ein anderes Gesicht bekommen. Herr Strasser, „Rechts"-Anwalt von Beruf, ist am Montag als Magistratsmitglied eingeführt worden. Seit längerer Zeit hat er das Dezernat über das Stadtbad übernommen, und seit jener Zeit schwebt über dem Wasser der Hakenkreuzgeist. Und Herr Strasser geht — baden. Wer lacht da? Solange die Sozis die Machthaber waren, hat man ihn im Bad nicht gesehen. Herr Bindseil, ebenfalls vom Ordnungsblock, ein hilfloses, noch in politischen Windeln liegendes Knäblein, und der Baukontrolleur Dittmar (KPD.) nahmen ebenfalls einen Magistratsplatz ein.

Der Verlauf der Sitzung wird den irregeführten Arbeitern, Angestellten und Beamten totsicher die Augen geöffnet haben, wer ihre wahren Vertreter waren und wer es in Zukunft wieder sein soll. Unsere Genossen Christange und Strauß rechneten mit den Herren nach Strich und Faden ab, so daß es manchem dabei nicht so ganz wohl gewesen sein mag. Im „Löwen" wurde dann die alte Herrlichkeit bei Braten und Wein wieder aufgefrischt. Und du, Proletarier?

Sitzungsbericht.

Pünktlich um 5 Uhr nachmittags eröffnete Oberbürgermeister Genosse Clauß die öffentliche Sitzung. Die „Ringer" waren im Bratenrock, die neugebackenen Stadträte im Smoking erschienen. Meester Crone hatte den Klempnerladen an die ach so schwache Männerbrust gehängt.

Die Stadträte Strasser (zugleich Mitglied der Stadtverordnetenversammlung), Bindseil und Dittmar werden mit den üblichen Formalitäten eingeführt und durch Handschlag verpflichtet.

Der Vorsteher teilt mit, daß Stadtältester Beinert seinen 85. Geburtstag gefeiert hat und gibt Kenntnis von einigen an die Stadtverordnetenversammlung ergangenen Einladungen. — Als Waisenpflegerin für den 1. Bezirk wurde Frau Kirschke gewählt. Es erfolgten dann noch die Wahlen der Stadtverordnetenvertreter zu Mitgliedern des Schulvorstandes, der Berufsschule und der Wohnungsaufteilungskommission sowie der Vorstandsmitglieder für die städtische Sparkasse. In den Gesamtschulausschuß für die höheren Schulen wurde Amtsgerichtsrat Bode gewählt, als Vertreter zur Mitgliederversammlung des Deutschen Städtetages Stadtverordnetenvorsteher Mehliß. Der Antrag der KPD., Ersatzleute für die ordentlichen Kommissionsmitglieder zu wählen, wurde abgelehnt.

Dem Verkauf von 14 Quadratmetern städtischen Geländes zum Preise von 100 Mark wurde zugestimmt. — Der vom Stadtv. Knöfel begründete Antrag, 1650 Quadratmeter Wiesengelände zum Preise von 2450 Mark an die Altstädter Schützengilde zur Errichtung eines Revolverschießstandes zu verkaufen, wurde nach längerer Debatte, in der sich die Stadtvv. Fögel (KPD.) und Max (bgl. M.) dagegen, der Stadtverordnetenvorsteher Mehliß aber selbstverständlich dafür erklärten, angenommen.

Für die landwirtschaftliche Winterschule wurden 600 Mark Zuschuß gefordert. Genosse Christange ist für Verlegung dieser Schule nur dann, wenn die Bedingungen revidiert werden. Oberbürgermeister Genosse Clauß tritt für Bewilligung ein, weil sonst die Schule in eine andere Stadt verlegt werden würde. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Dem vom Stadtv. Fögel (KPD.) beantragten Baukostenzuschuß in Höhe von 150 Mark und einem Darlehen von 500 Mark für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung wurde zugestimmt. Ebenso fand eine vom Genossen Strauß beantragte Uebernahme von Bürgschaften für die Siedlungs-Eigenheim-Genossenschaft Zustimmung.

Dann wurde der Genehmigung des 7. Nachtrags zur Friedhofsordnung, nach längerer Debatte auch dem Ortsstatut betr. Erhebung von Berufsschulbeiträgen zugestimmt.

Die KPD.-Fraktion forderte, für die langfristig Erwerbslosen

die Auszahlung der Unterstützungen

Sonnabends morgens vorzunehmen und die Mietpreisfätze für die städtischen Häuser in der Zellergasse neu festzusetzen. Stadtrat Genosse Winkler legte in längeren Ausführungen die Notlage einer erheblichen Zahl Ausgesteuerter dar und erklärte, daß es Aufgabe des Wohlfahrtsamtes sei, diese völlig mittellosen Arbeitslosen zu unterstützen. Er habe getan, was in seinen Kräften stand. Selbst der reaktionäre Rechtsanwalt Mehliß mußte erklären, daß man der Leitung des Wohlfahrtsamtes das vollste Vertrauen entgegenbringen könne. Der erstgenannte Antrag wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Die Herabsetzung der Grundmieten wird nicht vorgenommen, doch soll Bedürftigen eine Ermäßigung gewährt werden. Die weitergehenden Anträge wurden von den Bürgerringern abgelehnt.

Stadtv. Müller (KPD.) stellte dann den Antrag,

den Erwerbslosen Kartoffeln und Kohlen zur Verfügung zu stellen,

und zwar für Erwachsene 3, für Kinder 1½ Zentner. Die Kosten sollen in wöchentlichen Raten von 1 Mk. in Abzug gebracht werden. — Vom „alten Knöfel" mußte sich Müller sagen lassen, daß er doch den Antrag im Finanzausschuß wegen Undurchführbarkeit zurückgezogen habe und heute damit wieder an die Oeffentlichkeit komme. (Das wäre allerdings Moskaupolitik.)

Der große Max, „Schwert-Lademann", feierte seine berühmte Walze, verlangte aber vom Magistrat, daß dieser die Vorschläge machen solle, wie den Erwerbslosen zu helfen sei. Alles erwartete vom großen Max die erlösenden Vorschläge, aber o weh: auf einen Zwischenruf erklärte er, er könne welche machen, aber die nehme man ja doch nicht an. Das war nun nicht gerade geistreich, doch was will man von einem Moskaujünger mehr verlangen? Zunächst sollen die Erwerbslosen auf ein Vierteljahr mit 3 Zentnern Kartoffeln beliefert werden.

Stadtv. Lademann schlug vor,

Notstandsarbeiten

ausführen zu lassen. Der Antrag wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Als Referent des Eingabenausschusses referierte Stadtv. Knöfel über die folgenden Eingaben der Erwerbslosen: 1. Belieferung mit Brot und Mehl, 2. Bewilligung von Wirtschaftsbeihilfen, 3. Belieferung mit Hemden, 4. Einweihung der Erwerbslosen in den Wohlfahrtsausschuß. — Es wurde auf Antrag des Genossen Christange beschlossen, Hemden anzuschaffen und an die Erwerbslosen abzugeben. — Bei der Abstimmung über die Belieferung mit Obst wurde das einzige Mal Einstimmigkeit erzielt.

Die Pflasterung der Bäckergasse wurde beschlossen, nachdem Genosse Christange darauf hingewiesen hatte, daß täglich Hunderte von Schulkindern die Straße passieren müssen.

Zum Antrag der nationalen Bürgerringer betreffend Maßnahmen zur

Verringerung der Verwaltungskosten

hatte Stadtv. Rensch als Fraktionsleiter der Ringer in höchsteigener Person das Referat übernommen. Zunächst will er eine Kommission eingesetzt wissen, die prüfen soll, welche Maßnahmen ergriffen werden können. Unsere Genossen und die Arb. d. M. lehnten es ab, in der Kommission vertreten zu sein, weil sie das Katzenlaufen um den heißen Brei nicht mitmachen wollen. Sie wissen, was diese Heuchler wollen, nämlich: dem Beispiel anderer Städte folgend, unsere Genossen aus der Verwaltung drängen.

Genosse Christange beantragte, die Kosten für die Mühlgraben-Reinigung auf die Stadt zu übernehmen. Der Antrag wurde dem Magistrat überwiesen.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung fragte Genosse Christange, ob es wahr sei, daß, nachdem die Mansfeld-A.-G. verkauft ist, auch die Verwaltung nach Stolberg verlegt würde. Direktor Mengel verneinte diese Frage. Ob Herr Mengel recht behält, wird ja die Zukunft zeigen.

Damit fand die reiche Tagesordnung ihr Ende.

Helfta. Selbstmord. Ein hier beschäftigter Bäckerlehrling erhängte sich. Der Grund zur Tat ist noch nicht festgestellt. Es ist ein Sohn des Bergarbeiters S. aus Eisleben.

Ausdorf. Bergarbeiterlos. Am Sonnabend wurde dem Bergmann Eduard Bost von Höhenstedt auf Grube Rieser von der Kettenbahn der rechte Arm buchstäblich herausgerissen. Bost ist im Bergmannstrost in Halle seinen Verletzungen erlegen. Das Unglück betrifft die Familie des Verunglückten um so härter — als dessen Ehefrau zurzeit schwer krank in einer Halleschen Klinik liegt und seine 7 Kinder ohne jegliche Hilfe dastehen. Es wird jetzt Aufgabe der Bergpolizei sein, einmal nachzuprüfen, ob auch alle Sicherheitsmaßnahmen auf diesem Werk intakt waren, und zwar um so mehr, da die Unfälle mit tödlichem Ausgange hier leider keine Seltenheit mehr sind. Die Schutzvorrichtung soll in einem Bretterkasten bestanden haben, auf dem einzelne Bretter lose draufgelegen haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Internationaler Landarbeiterkongreß.

Der dritte Kongreß der Internationalen Landarbeiterföderation ist heute in Berlin zusammengetreten. Die Landarbeiter-Internationale ist im Jahre 1920 in Amsterdam gegründet worden. 21 Delegierte vertraten damals mehr als zwei Millionen freigewerkschaftlich organisierte Landarbeiter. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen u. a. die Arbeitszeit in der Landwirtschaft; gesetzliche Mindestlöhne in der Landwirtschaft; die Wohnungsfrage; die Frage der Kleinbauern; die Frage der Wanderarbeiter.

Wien ohne Licht.

Wien, 17. September. (Radiomeldung.)

Der Umfang des Metallarbeiterstreiks ist am Dienstagabend durch die Arbeitsniederlegung der Wiener Elektrizitätsarbeiter ausgedehnt worden. Die Stadt lag infolgedessen in vergangener Nacht vollkommen dunkel. Auch die Zeitungen erhielten keine Elektrizität, so daß Wien heute gleichzeitig ohne bürgerliche Presse ist. Versorgt wurden dagegen Theater, Polizeidirektion und Krankenhäuser.

○ Funktionärsitzung der hallschen Metallarbeiter.

Lohnforderungen; Schiedsspruch wird am 25. September gefällt. — Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung. Der Achtstundentag ist den Kommunisten keine 50 Pf. wert.

Ende August waren vom Metallarbeiterverband im Gebiete Magdeburg, Anhalt und Halle Lohnforderungen eingereicht worden. Die einzelnen Tarifgebiete gingen dabei gesondert vor. Nach mancherlei Schwierigkeiten fanden am vergangenen Dienstag für Halle Verhandlungen vor dem Schlichter (Prof. Joerges) statt. Ein Resultat haben diese Verhandlungen nicht ergeben. Am Donnerstag, den 25. September, soll der Schiedsspruch verkündet werden. Vorher sollen noch Erhebungen stattfinden, aber selbst wenn diese Erhebungen eine Lohnerhöhung als notwendig ergeben würden, soll, nach der Verkündung des Schlichters, diese Erhöhung erst ab 15. September in Kraft treten. Man ersieht daraus, daß nur eine starke und innerlich geschlossene Organisation bessere Schiedssprüche erringen kann.

Die Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung fand keine Gegner, auch unter denen nicht, die früher den Abbau der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes gefordert haben. Auf eine Rundfrage des Vorstandes hat die hallische Ortsverwaltung geantwortet, daß in der Hauptsache für den katastrophalen Mitgliederrückgang die Einstellung der Erwerbslosenunterstützung zu suchen ist. Jeder erwerbslose Metallarbeiter muß sich, um in den Genuß der Unterstützung zu kommen, bis zum 25. September auf dem Bureau arbeitslos melden.

Bei Erörterung des Volksentscheides über den Achtstundentag erklärte sich Höcker gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Damit geht er auf dem Wege weiter, der ihn bei dem letzten Arbeitszeitabkommen dahin führte, gegen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden zu stimmen.

Die Völkischen in der Theorie und Praxis.

Uns wird geschrieben:

Bei der Firma Heilbutt & Hunscher, Eisenkonstruktion, Halle-Dieniß, wird die Belegschaft in den letzten Wochen „wegen Arbeitsmangel" nach und nach auf das Straßenpflaster geworfen, d. h. in der Hauptsache diejenigen, die die Inhaber los sein wollen. Man versteht hier ausgezeichnet Unterschiede zu machen. Da ist z. B. der völkische Betriebsobmann Paul Buchmann, der schon tagelang im Betriebe herumläuft und nichts zu tun hat. Buchmann ist beileibe nicht auf den Aussterbeetat gesetzt worden, im Gegenteil, er hat bei dem Inhaber, dem Juden Heilbutt, eine dicke Nummer. Sehr häufig läßt Herr Heilbutt sich leutselig in ein Gespräch mit Buchmann ein, in dessen Verlauf er ihm auch Zigarren usw. schenkt. Buchmann ist nicht allein bei den Völkischen eifriger Agitator, sondern auch bei der Fahnengruppe des Stahlhelms. Bei seinen Arbeitskollegen brüstet er sich damit, daß er einen Stahlhelmtopf über seinem Bette hängen habe und er sich prinzipiell nur im Stahlhelm photographieren lasse. Sein intimes Verhältnis mit dem Juden Heilbutt ist gewiß eine neue Methode der Völkischen, die jüdischen Halsabschneider zu erledigen.

Außer diesem Prachtexemplar von „Arbeitervertreter" zeichnet sich der Betrieb noch dadurch aus, daß die Belegschaft in kleinen Raten ihren sauer verdienten Lohn erhält. Alle paar Tage muß die Belegschaft antreten, um über drei oder fünf Mark empfangenen Lohn zu quittieren.

Natürlich ist die Organisation kaum vertreten, sonst wären solche Zustände einfach nicht möglich. Hoffentlich schließen sich die dort beschäftigten Arbeiter recht bald im Deutschen Metallarbeiterverband zusammen. Erst dann ist es möglich, diesem völkischen Judenliebling ein wenig auf die Finger zu klopfen, wie auch die Mißstände im Betrieb zu beseitigen.

Streik der Fensterputzer in Magdeburg. Seit Sonnabend, dem 13. September befinden sich die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Fensterputzer in Magdeburg im Streik zwecks Erzwingung höherer Löhne. Die Unternehmer machen den Versuch, aus der Umgebung Streikbrecher heranzuziehen. Wir warnen daher vor Zuzug nach Magdeburg, damit den dort kämpfenden Kollegen es gelingt, die Lohnerhöhung durchzusetzen. Magdeburg ist daher für organisierte Kollegen gesperrt.

Deutscher Verkehrsbund, Verwaltung Halle.

Aus der Arbeitersportbewegung.

A. S. C.-Halle. Resultat vom 14. September. Die zweite Mannschaft verlor gegen die erste Mannschaft von Hertha-Zetlitz mit 5:2. — Am Sonnabend, dem 20. September, abends 8 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt. Jeder Sportgenosse hat zu erscheinen, unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. Alle Vorstandsmitglieder treffen sich eine halbe Stunde früher zur Vorstandssitzung. — Am Sonntag, dem 21. September, spielt die erste und zweite Mannschaft gegen die gleichen Mannschaften von Viktoria-Halle auf dem Sportplatz der Weißnitz. Beginn des Spieles der zweiten Mannschaft um 2 Uhr und der ersten Mannschaft um 3.30 Uhr. Die zweite Mannschaft spielt wie folgt: Harre (Otto), Franke, Berhaß, Koritke, Schröder, Banse II, Enke, Fischer, Koch, Hübler und Banse I. Für die erste Mannschaft spielen: Herkner, Schütze, Döring, Mai, Franke, Harre, Kretzschmann, Knöchel, Knoch, Schaaf und Brode. Die zweite Mannschaft trifft sich um 12.30 Uhr, die erste Mannschaft um 2 Uhr im Vereinsheim.

Fichte-Halle. (Trommlerkorps). Diejenigen Sportgenossen, welche im Besitze von Trommeln oder Pfeifen sind, werden ersucht, sich am Donnerstagabend 6.30 Uhr zwecks Uebungsstunde auf dem Sportplatze einzufinden.

T.-V. Jahn-Merseburg. Der Turnverein sucht für Sonntag, den 21. September, und folgende Sonntage Gegner im Handball- und Faustballspiel. Spielangebote sind zu richten an Paul Mittag, Merseburg, Seffnerstraße 8.

Wetter-Voraussage.

Donnerstag: Ziemlich trüb, mäßig warm, etwas Regen. Im SO. meist trocken.

Freitag: Wechselnde Bewölkung, etwas Regen, Temperatur wenig verändert.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; Gewerkschaftliches, Lokales und Provinz: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Halleſche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Schlafen Sie schlecht?
Dann liegt das Uebel an ihren Matratzen. Fachmännischen Rat, und die besten
Patentmatratzen
aller Größen und Systeme — und
Auflegematratzen
von der gebräuchlichsten Ausführung bis zur feinsten 9915
Rosshaarmatratze
finden Sie bei billigster Preisstellung und evtl. Zahlungserleichterung im führenden Spezialhaus
Bruno Paris, jetzt Brüderstr. 3
1 Minute v. Markt
Klubmöbel-, Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätten.

Wo sollst Du kaufen?
Nur bei den inserenten des „Volksblattes"

Inserate haben im **Volksblatt** stets Erfolg!

Darum inserieren!

Bei diesem Sauwetter
kauft man sich einen Regenmantel auf Teilzahlung bei Klinglers. Wir führen in großer Auswahl Gummimäntel, nur beste Fabrikate, imprägn. Mäntel und Lodenmäntel für Herren und Damen. Die Anzahlungen sind mäßig. Teilzahlung in Wochen- oder Monatsraten. ∴ ∴ ∴
Carl Klingler,
Halle a. d. S. Leipziger Straße **11** I Eingang Sandberg
Nur erste Etage. Nicht im Laden.
9917

Pelzumarbeitungen
sachgemäß und billig 9981
Magazin zum Pfau
Kleinschmieden 6 (Ecke Gr. Steinstraße)
Kleine Anzeigen haben hier grossen Erfolg!

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Oeffentliche Mahnung.

Die Steuerpflichtigen (Lohn- u. Gehaltsempfänger) in den Bezirken der **Andreas-** und **Petrigemeinde,** welche mit der Zahlung der **Kirchensteuer** im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, die Steuerschuld innerhalb 8 Tagen an unsere Stadtsteuerkasse zu zahlen, andernfalls unverzüglich zur zwangsweisen Beitreibung der Schuld durch Pfändung geschritten wird.

Eisleben, den 12. September 1924.

Der Magistrat

Unter den Schweinen des Materialienhändlers Fleischhauer, Nußbreite 70 ist **Schweinepest** ausgebrochen. 1589

Eisleben, den 15. September 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409171-11/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Gegen den Stumpf-sinn.

Eine vergessene Konferenz der Ehemänner.

Von Bernard Shaw.

Der verstorbene Hugh Price Hughes, ein eminent frommer Methodist, berief einmal in London eine Konferenz achtbarer Männer ein, um diese Frage zu erwägen. Es kam nichts dabei heraus (und es konnte auch nichts herauskommen, da die Frauen fehlten); aber sie hatte ihren Wert, da sie den anwesenden jungen Soziologen unter denen auch ich war, eine authentische Vorstellung von dem gab, was eine erlesene Versammlung achtbarer Männer unter Eheleben verstand. Es war sicherlich eine überraschende Enthüllung. Peter der Große wäre entsetzt gewesen, Byron hätte sich schaudernd abgewendet, Don Juan wäre aus der Konferenz in ein Kloster geflohen. Die achtbaren Männer betrachteten alle die Trauungszeremonie als einen Ritus, der sie von den Gesetzen der Hygiene und der Mäßigkeit entband, einen lebenslänglichen Honigmond einleitete und ihre Vergnügungen ihren Gebeten gleichstellte. Es schien ihnen völlig richtig und natürlich, daß sie von jeden 24 Stunden ihres Lebens acht in einem Raum mit ihrer Frau allein verbrachten, und zwar nicht wie die Vögel in der Paarungszeit, sondern das ganze Jahr hindurch und Jahr für Jahr. Wie sie kleinere Fragen entschieden, zum Beispiel: welche Partei zu bestimmen habe, ob und wie weit das Fenster geöffnet werden solle, wie viele Decken auf dem Bett sein, zu welcher Stunde sie zur Ruhe gehen und aufstehen sollten, damit einer nicht des andern Schlaf störe, ist mir als unlösliches Rätsel erschienen. Aber die Teilnehmer der Konferenz schienen daran gar nicht zu denken. Sie waren zufrieden, das ganze nationale Wohnungsproblem auf der Basis eines Raumes für zwei Menschen gelöst zu haben. Das war ihnen das Wesen der Ehe.

Man muß dabei noch bedenken, daß nichts in ihren Verhältnissen der Unmäßigkeit entgegenwirkte. Sie waren Geschäftsleute, das heißt, Männer, die in der Hauptsache mit Routinearbeit beschäftigt waren, die weder ihren Geist noch ihren Körper bis zu der Höchstgrenze ihrer Fähigkeiten anspannten. Im Vergleich mit Staatsmännern, erstklassigen Fachleuten, Künstlern und sogar mit Arbeitern und Handwerkern in bezug auf die Muskelanstrengung waren sie Leichtarbeiter und konnten das Höchstmaß ihrer Fähigkeiten und die letzten paar Zoll ihres Brustkastens schonen, ohne dadurch für ihre tägliche Routine weniger geeignet zu sein. Hätte ich ihre Gewohnheiten angenommen, so hätte sich, noch ehe vierzehn Tage um gewesen, eine beruhigende Verschlechterung meiner Schreibweise offenbart und mich in den Zustand zurückgescheucht, den sie als unmögliche Askese angesehen haben würden. Aber sie bezahlten keine Strafe, deren sie sich bewußt gewesen wären. Sie waren so gesund, wie sie wünschten: das heißt, sie brauchten keinen Arzt. Sie genossen ihre Zigarren, ihre Mahlzeiten, ihre gute Kleidung, ihre zärtlichen Spiele mit ihren Kindern, ihre Aussicht auf größere Gewinne oder höhere Gehälter, ihre freien Sonntagnachmittage, ihre Sonntagsspaziergänge und alles übrige. Sie leisteten weniger als zweistündige Arbeit täglich und hielten von sieben bis neun Uhr Bureaustunden, um sie zu erledigen. Und sie waren zu nichts in der Welt zu brauchen als für eben diese Arbeit. Sie waren achtbar nur durch die Norm, die sie selber aufgestellt hatten. Wenn man sie ernsthaft als Wähler betrachtet, die durch ihre Stimme ein Reich regieren, und seine religiösen und moralischen Institutionen durch die in ihren Händen liegende Macht gesellschaftlicher Verfolgung auswählen und aufrechterhalten, waren sie eine schwarzbefrackte Armee des Elends. Sie waren unfähig, die Industrien, in denen sie beschäftigt waren, die Gesetze, unter denen sie lebten, oder die Beziehungen ihres Landes zu anderen Ländern zu begreifen. Sie lebten zufrieden das Leben alter Männer. Sie waren schüchtern konservativ in einem Alter, wo jedes gesunde menschliche Wesen lärmend revolutionär sein sollte. Und ihre Frauen gingen durch die Routine von Küche, Kinderstube und Wohnzimmer, genau wie sie selber durch die Routine ihres Amtes gingen. Sie hatten sich alle, wie sie es nannten, niedergelassen, wie Ballons, denen das emporsteigende Gas entströmt ist; und es war unverkennbar, daß dieser Prozeß des Niederlassens sich fortsetzen würde, bis sie sich in ihren Gräbern niederließen. Sie lasen mit Anstrengung altmodische Zeitungen und griffen gierig nach einem neuen Blatt, das einen halben Penny kostete, das sie für außerordentlich glänzend und reizvoll hielten und das niemals wirklich Erfolg hatte, bis es äußerst stumpfsinnig wurde, alle ernsthaften Nachrichten außer acht ließ, sie durch geistloses Geschwätz ersetzte, und an Stelle von politischen Artikeln, hinter denen doch wenigstens vorgeblich einige Kenntnis der wirtschaftlichen Dinge, der Geschichte und der Verfassungsgesetze steckte, armselige Narrheiten und Sentimentalitäten, Nachäffereien und Parteiklatsch brachte, die nur Ignoranz verstehen und Verantwortungslosigkeit gutheißen konnte.

Was sie Patriotismus nannten, war die Ueberzeugung, daß sie, da sie in Tooting oder Camperwell geboren waren, von Natur einem Beethoven, einem Rodin, einem Ibsen, einem Tolstoi und allen anderen dunklen Ausländern überlegen seien. Diejenigen unter ihnen, die es nicht für Unrecht hielten, das Theater zu besuchen, liebten über alles ein Stück, in welchem der Held Dick hieß und, nachdem er durch drei Akte mit Bewunderung und Liebe überhäuft worden, schließlich mit dem gesetzlichen Besitz der Person der hübschen Heldin belohnt wurde, kraft seines verblüffenden Mangels an Tugend. In der Tat bedeutet das Wort Tugend in ihrer Auffassung nur Enthaltsamkeit in bezug darauf, anderen Männern die Frauen zu stehlen, oder hinsichtlich der Weigerung, ihre Töchter zu heiraten. In bezug auf Gesetz, Religion, Ethik und konstitutionelle Regierung konnte jeder Heuchler sie täuschen. Jeder Atheist konnte sich ihnen als Bischof hinstellen, jeder Anarchist als Richter, jeder Despot als Whig, jeder sentimentale Sozialist als Tory, jeder Liebestrankhändler oder Hexenanhänger als ein Mann der Wissenschaft, jeder Phrasendrescher als ein Staatsmann. Alle, die die Geschichte von Jonas und dem großen Fisch nicht glaubten, waren um so eher bereit, zu glauben, daß durch Radium Metalle umgewandelt und alle Krankheiten geheilt werden können, und daß Menschen zweihundert Jahre leben, wenn sie saure Milch trinken. Selbst diese leicht zu glaubenden Dinge schlossen für viele unter ihnen eine zu schwere intellektuelle Anstrengung ein: es war leichter, zu lachen und nichts zu glauben. Sie hielten ihren Respekt vor sich selber aufrecht, indem sie das Spiel mitmachten (das heißt taten, was alle anderen auch taten), und gute Kenner von Hüten, Krawatten, Hunden, Pfeifen, Kricket, Gärten, Blumen und dergleichen waren. Sie waren imstande, mit einiger Bosheit die gegenseitige Zahlungsfähigkeit und Achtbarkeit zu erörtern, und konnten ganz komplizierte Systeme des Besuches machen und des Einanderkennens durchführen. Sie fühlten sich etwas vulgär, wenn sie einen Tag in Margate verbrachten, dagegen sehr distinguiert und weitgereist, wenn sie ihn in Boulogne verlebten. Sie waren, abgesehen von ihren Kindern, nicht heikel, das heißt, sie konnten häßliche Bilder und Töne, ungesunde Gerüche und abstoßende Häuser mit unmenschlicher Gleichgültigkeit und Abgestumpftheit ertragen. Sie hatten in bezug auf Erwachsene die Theorie, daß die menschliche Natur so arm ist, daß es nutzlos ist, den Versuch zu machen, die Welt zu bessern, während sie in bezug auf Kinder glaubten, daß sie, wenn sie nur genügend unterrichtet und gezüchtigt würden, zu einem Zustand moralischer Vollkommenheit gebracht werden könnten, wie ihn kein Fanatiker jemals seiner Gottheit zugeschrieben hat. Obwohl sie nicht absichtlich boshaft waren, verübten sie die entsetzlichsten Grausamkeiten aus bloßer Gedankenlosigkeit und dachten sich nichts dabei., wenn sie Männer und Frauen bis zu zwanzig Jahren einsperrten, weil sie in ihre Häuser eingebrochen waren, wenn sie ihre Kinder wie wilde Tiere behandelten, die durch ein System von Schlägen und Einsperrung, das sie Erziehung nannten, gezähmt werden mußten, wenn sie Klaviere in ihren Häusern hielten, nicht zu musikalischen Zwecken, sondern um ihre Töchter mit einem sinnlosen Stumpfsinn zu quälen, der einen Inquisitor hätte empören können.

Kurz, lieber Leser, sie waren ganz ähnlich so wie du und ich. Ich könnte hundert Seiten mit der Aufzählung unserer Dummheiten füllen und noch vieles ungesagt lassen; aber was ich hier aufs Geratewohl niedergeschrieben habe, genügt, um das System zu verdammen, das uns hervorgebracht hat. Der Eckstein dieses Systems war die Familie und die Institution der Ehe, wie wir sie heute in England haben.

Eros und die Paragraphen.

Die demokratischen Abgeordneten Brodauf und Fräulein Dr. Lüders haben an den Reichstag einen Antrag gestellt zur Erleichterung der Ehescheidung. Eine Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch soll bestimmen, daß ein Ehegatte auf Scheidung klagen kann, wenn eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses besteht, daß keine begründete Aussicht auf Herstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Gemeinschaft vorhanden ist. Dieser Versuch, Ehegatten von einer unerträglichen, nicht nur die letzten Grundlagen der Ehe, sondern auch die der Persönlichkeit zermürbenden Last zu befreien, muß begrüßt werden. Bei Kriegsausbruch und auch noch während des Krieges sind so viele Ehen in jäher Hast geschlossen worden, daß die Zahl der Enttäuschten heute größer ist als je. Der Hypertrophie des Gefühls ist bei weitem nicht immer jene nachgebensbereite seelische Ausgeglichenheit gefolgt, die für eine glückliche Ehe unumgänglich ist. Dazu kommen die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse, die am Menschen herumzerren und ihn von der Höhe der Glückserwartung oft so unerbittlich in muffige Enge herunterholen.

Damit aber sind auch die Gründe umschrieben, um derentwillen eine Ehe heutzutage so leicht zerrüttet wird. Die Verhältnisse sind stärker als der Mensch. Darum kann man gar nicht vorsichtig genug sein, ehe man einen Menschen in irgendeiner Hinsicht „schuldig" spricht. Leider aber hält sich der demokratische Antrag noch sehr eng an diesen aus dunkler pfäffischer Denkweise stammenden Begriff der Schuld in der Ehe. Hat ein Ehegatte die durch die Ehe begründeten Pflichten schwer verletzt, so soll auf Antrag des andern Ehegatten ausgesprochen werden, daß er die „Schuld" an der Scheidung trägt. Wie aber hat sich denn solches schuldhafte Verhalten in der Ehe dargestellt? Doch nur so, daß ein Ehegatte, der fühlt, daß beide Teile sich einander innerlich verloren haben, nun auch die Folgerung zieht und auf das verzichtet, was der triviale juristische Sprachgebrauch „eheliche Pflicht" nennt. Solch ein Ehegatte aber handelt wahrhaftig nicht unsittlich, sondern gerade im höchsten Grade sittlich. Er verwirft fleischliche Gemeinschaft, wo Eros sich gewandt hat. Ganz undurchsichtig ist nun gar die These des Antrags, daß auf gegenseitige Anschuldigung „beide Eheleute für schuldig zu erklären sind". Schuld setzt doch stets Nichtschuld voraus. Jene Auffassung aber erinnert in ihrer überspitzten Klugheit sehr an den forschen Leutnant, der, über das Thema „Angiff" instruierend, dartut, daß der Angreifer im Vorteil ist, weil ihn der Schwung des Angriffsgeistes trägt; daß aber auch der Verteidiger im Vorteil ist, weil er in einer festen Stellung steht; daß sie also beide im Vorteil sind.

Der Antrag Lüders-Brodauf kommt leider um die ollen Kamellen der „Sittlichkeit" nicht herum. Nun ist aber der wahre Wert des Menschen von seinem Verhalten in erotischer Hinsicht ganz unabhängig, und nur der Schnüffler steht groß da, wenn es gilt, die Menschen nach dem Sexualleben abzuwägen. Der Schuldbegriff muß aus den Bestimmungen über die Ehescheidung verschwinden. Was hat ein Bürgerliches Gesetzbuch mit Moralfragen zu tun? Es regele die Unterhaltungsverpflichtungen geschiedener Ehegatten nach den beiderseitigen Vermögensverhältnissen und vermesse sich nicht, einem fliehenden Eros von rückwärts Paragraphen nachzuwerfen.

Die Stellung der Frau bei den Indianern.

Der Indianerhäuptling Deskaheh ist als Wortführer in seiner kleinen Nation letzten Herbst vor dem versammelten Völkerbunde in Genf aufgetreten. Er machte verschiedene Angaben über die Stellung der Frau bei den Indianern und betonte, selbst von den Frauen gewählt zu sein. Beim Eindringen der Weißen organisierten die Indianer den Staatenbund der sechs Nationen, bestehend aus den Mohawk, Oneidas, Onandagas, Seneca, Cayngas und Tuscarora. Von damals stammt auch die Festlegung der Rechte und Pflichten der Frau im Bundesstaat. Einerseits wurde der Alkohol abgeschafft, der furchtbar unter der Bevölkerung gewütet hatte, und das Stimmrecht der Frau eingeführt. Die sechs Nationen, die sogenannten Irokesen, sind also das erste Volk, das die Prohibition (Alkoholverbot) eingeführt hat. Wie der „Bundespräsident" Deskaheh betont, haben sich diese beiden Bestimmungen, wie überhaupt die ganze Konstitution der Regierung bis auf den heutigen Tag vorzüglich bewährt. Die Frauen, und zwar die Mütter, wählen die Häuptlinge, während dem Manne kein Stimmrecht zukommt. Dies wird damit begründet, daß die Frau in erster Linie die Männer nach deren Charakter und Fähigkeiten zu beurteilen vermag, indem sie deren Entwicklung von Kind auf verfolgen konnte, während die Väter oft abwesend und auswärtig beschäftigt sind. Die sechs Nationen, von denen jede eine ganz andere Sprache spricht und zusammen etwa 20 000 Köpfe zählen, zerfallen in einzelne Clans. Deskaheh gehört z. B. zum Bären-Clan. Jeder Clan hat seinen Häuptling; im ganzen sind es heute deren 42, an deren Spitze der Präsident steht. Diese bilden die Regierung, die sich alle Monate einmal versammelt. Der Häuptling wird nur so viel besoldet, daß er damit leben kann. Ob arm oder reich, spielt keine Rolle. Die Würde des Häuptlings ist eine Ehrensache. Es soll niemals dazu kommen dürfen, daß ein Mann um des Geldes willen die Stelle eines Häuptlings erstrebt. Wenn sich aber ein Häuptling das geringste Unrecht zuschulden kommen läßt, so wird ihm von den stimmenden Frauen, und zwar durch deren Präsidenten, nach sorgfältiger Prüfung die Tür gewiesen, und niemals wird er wieder gewählt. Trotz den sechs gänzlich verschiedenen Sprachen vollziehen sich die Nationalversammlungen in vollstem Frieden, und mit Hilfe der Dolmetscher ist noch immer, allerdings oft nach langen Beratungen, eine Einigung in den Regierungsangelegenheiten erzielt worden. Entgegen den Indianerromanen ist die Tatsache in den Kreisen der Wissenschaft bekannt, daß die Indianer im allgemeinen eine friedfertige und herzensgute Rasse bilden. Diebstahl ist bei den sechs Nationen so gut wie ausgeschlossen. Verläßt man das Haus, so läßt man ruhig alle Türen offen. Die Geburten vollziehen sich in der Regel sehr leicht. Bei schweren Wehen, welche die Ausnahme sind, wird der Frau ein Wurzeltee gegeben, der sehr rasch wirken soll. Der Mann hilft der Frau bei der Geburt und ist über verschiedene natürliche Heilmittel unterrichtet. Die Frau steht schon am Tage der Geburt wieder auf zur Arbeit. Weiße Aerzte braucht man nicht. Die Kinder werden streng zur Tugend erzogen. Hilfeleistung ist das erste Gebot. Auch die erwachsenen Kinder bleiben den Eltern gehorsam. Heute sind allgemein Schulen eingeführt, in denen u. a. die englische Sprache erlernt wird. Der Religions- und Sittenunterricht soll aber allein den Eltern obliegen.

Ausflüge der Liebe.

Von Julius Zerfaß.

I.

Das ist ein grauer Tag gewesen, als wir uns das erstemal sahen. Und es war gar nicht etwa Frühling und die Sonne schien auch nicht, denn die Sonne schenkt den Städtern im Winter und Vorlenz nur selten ein paar mitleidige Strahlen.

Auch die Straßenbäume waren noch grau, und, da es lange nicht geregnet hatte, so ungewaschen. Die Gärtner in den Stadtanlagen brachten den Sträuchern und Hecken die Begriffe von Mode und Kultur bei. Und wir versprachen uns, am kommenden Sonntag auszufliegen.

Ich brachte die Treibhausrosen und süßen Kuchen mit und wir freuten uns auf den Weg, den wir gehen würden. Der Wind spielte mit deinem blonden Kraushaar und du wolltest immer noch nicht sagen, ob du Annemarie oder Marianne heißt. Aber hinter einem Haselkätzchenstrauch küßte ich deine roten Lippen und sagte Annamirl. Weil du blonde Locken trugst.

Und da war plötzlich der Himmel ganz blau, wie auf einem Madonnenbild, und man konnte weit hindurch und das verlorene Paradies sehen, in dem hinter einem roten Rosenzaun die schönsten Edelblumen blühten. Und am Eingang saß ein Engel und spielte mit den Glocken der Magnolienblüten.

In dieser Richtung gingen wir rüstig immerzu, die Blicke hinter den halbgeöffneten Fensterläden unserer Augenlider, und wir merkten gar nicht, daß wir einen Berg vor uns hatten, bis die Straße steil wurde . . .

„Dieser Berg würde uns Dinge sehen lassen, die wir in der Ebene nicht schauen können," sprach ich. Du nicktest und schrittest immer tapfer mit. Von Zeit zu Zeit küßtest du mir die Augen und sprachst: „Ich sehe durch sie in alle Fernen." Dann faßtest du meine Hand und sagtest leise: „Unser Leben wird aufwärts gehen."

„Ja," antwortete ich mit einem Blick auf unser Ziel. „Wir dürfen nicht die ebene Straße nehmen, die in alle Wege und Gassen mündet gleich einem Spinngewebe. Wir werden den Pfad der Entdeckung wandern."

Am Wege lud uns ein Gasthaus ein, in dem gespielt, musiziert und getanzt wurde, und wir gingen hinein. Du naschtest von deinem süßen Kuchen, gabst mir zuweilen unter spitzbübischem Necken ein Stückchen und wir tranken aus blanken Gläsern goldsonnigen Wein.

II.

Durch ein kleines Fensterstück sahen wir in der Dämmerung das Geflimmer der Sterne, die immerzu Reigen tanzten, immer im Kreislauf wie unser Blut, wie das Wasser, das zwischen Himmel und Erde wandert. Ich aber flüsterte, während unsere Kelche einen Klingklang zitterten: „Wir werden immer vorwärtsgehen und nie den Schatten Heimweh hinter uns achten. Denn wir suchen Neuland!" —

Und auf hellem mondhellen Umweg kamen wir zu einer Station, von wo uns eine Bahn zur Stadt fuhr . . ..

Es war ein sonniger Maientag, die Kastanien blühten, und der Goldregen war ein wirklicher Regen von Gold. Wir waren so glücklich, weil wir so frei waren, der Freiheit zu frönen. Weißt du noch, wie ich dich abhielt, am Mittag in die vier engen Arbeitswände, die Gefangenenzelle deiner Sehnsucht, zurückzukehren, und wie wir mit einer Trambahn den Heerosstraßen unseres Glückes zustrebten?

Ich hatte dir ein Buch mitgebracht, in dem viel von Alltag und von der Sonne stand, und als wir die ersten Feldwege erreichten, pflückte ich dir Heckenkirschen und Geißblatt, die du zum Strauße bandest. Wir setzten uns an einen Ackerrand und schauten einem Amselpaare zu, das sich sein Nest zusammentrug und sich schalkhaft neckte.

„Sieh die Vögel, sie sind frei und glücklich, die Welt ist ihr Feld, und sie sorgen sich nicht viel, wo und wie sie wohnen. Aber wir sind arm und doppelt arm, weil wir nicht so einfach glücklich sein können. Und unsere Freiheit ist immer nur ein Sonntagsausflug, ein vorübergehendes Stehenbleiben der Uhr Sorge. Wenn wir einen Berg genommen haben, kommt gleich wieder ein anderer und wieder einer. Statt aufwärts geht es immer wieder talwärts und heimwärts. Wir leben ständig zwischen Ebbe und Flut."

Auf einem Berge erblickten wir ein Schloß, und in Gedanken sahen wir auf seinem grünen Gartenkranz eine zarte weißgekleidete Frau in einer Hängematte und rotbackige Kinder, die sich Blumen auf den Platz streuten, auf dem sie Ringelreihen tanzten.

„Das sind Menschen, die unsere schweren Berge nicht zu nehmen brauchen, um auf der Höhe zu sein. Aber ihre Höhen sind nicht unser Ziel, unsere Höhen nicht das ihre. Die Wolke, die der Sonne näher ist als der Baum und diesen verdunkelt, ist sie nicht vergänglicher?"

Unwillkürlich umgingen wir den Berg und wanderten straßenwärts. Da begegnete uns ein Handwerksbursche, der auf der Brandsohle lief und sang. Er trug in seinen Augen das Glück von fünf Erdteilen. Sein Stock war aus Indien, sein Rauchtabak aus Amerika, sein verschlissener Anzug im Urstoff aus Australien, die Hautfarbe aus dem gelobten Land und das trockene Brot, das er nebenbei verzehrte, aus Europa.

Noch immer höre ich seine Worte:

„Gradaus, gradaus wohnt das Glück,
immer gradaus, nie zurück!"

„Der wandert auf der Höhe", sagten wir, und an diesem Tage sprachen wir nicht mehr viel von uns.

III.

Wir wollten schon immer hoch hinaus. Und nun sind wir oben. Wir wohnen in einer Dachstube und nicht in einem Luftschloß und haben einen Mitbewohner, dem wir das Flüggewerden lernen sollen. Oft wiegtest du ihn auf deinen schlanken Armen und läßt ihn an unseren Topfpflanzen riechen, hebst ihn hinaus zum Licht, daß ihn die Sonne segne. Die grauen Dächer sind im Sommer wie das wellenwogende Meer, im Winter wie ein weißes Hügelfeld, und deine Gedanken sind Möwen, die kühne Kreise schwingen und immer wieder zum Strande zurückkehren.

Ich bin unser Lichtturmwärter, und meine Augen sind das Licht, das deine Möwen lockt. Ich spiele mit ihnen und fliege im Licht der Blicke weit über die Meerberge. Sie sind eine Brücke zu unseren tanzenden Sternen. Wir brauchen die Straßen und Wege nicht mehr, es sei denn zum Brotverdienen. Unser Herz ist das gesuchte Paradies. Auf deinen Händen trägst du unseren Kolumbus, der das Neuland sicher entdecken wird, das wir unserem Atlanten: Seele eingezeichnet. Kompaß wird unsere Liebe sein....

In uns muß es immer Sommer bleiben, damit wir durch die offenen Fenster unserer Seeele das Land unserer Hoffnungsausflüge schauen können. . . .

Karl Henckell.

Heute winkt ein neuer Ruhm
Und ein beff'res Siegertum,
Fern den Hoch- und Hurraschreiern
Lehren wir die Jugend feiern:
Kein Triumph und Fackelzug,
Wie der Herr die Feinde schlug!
Reiner klingt es durch die Lüfte:
Menschheitssaat sprengt Völkergrüfte!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409171-11/fragment/page=0008